

Einleitung

In seiner Besprechung der künftigen Dauerausstellung des *Museum des Zweiten Weltkrieges* in Danzig befürchtete der nationalkonservative Publizist Piotr Semka, »aufdringlich von der Erinnerung an die Deutschen als Opfer bei jedem Schritt verfolgt« zu werden.¹ Die vorliegende Arbeit untersucht, warum die Darstellung deutscher Opfer des Zweiten Weltkrieges im vereinten Europa auch nach Jahren der Verständigungsarbeit und Versöhnungsgesten nach wie vor umstritten und umkämpft ist. Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex von *Flucht und Vertreibung* der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges ist dafür ein zentraler Schlüssel. Fünf Museumsvorhaben in Deutschland, Polen und auf europäischer Ebene werden auf die geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Entwicklung dieses Themenfeldes hin untersucht. Dabei steht die Frage nach zu beobachtenden Annäherungen und fortbestehenden oder neuen Spaltungen im Fokus. Diese Studie vergleicht das 2017 eröffnete Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig mit dem im selben Jahr eröffneten *Haus der Europäischen Geschichte* in Brüssel und den Planungen der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* in Berlin, deren Dauerausstellung 2020 eröffnen soll. Zwei regionalgeschichtliche Museen, das *Schlesische Museum zu Görlitz* und das *Muzeum Śląskie* in Kattowitz/Katowice, sind ein weiteres Untersuchungspaar. Ergänzend werden die Planungen für das *Sudetendeutsche Museum* in München und das *Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* in Aussig an der Elbe/Ústí nad Labem in Tschechien in den Blick genommen.

Das Themenfeld der Zwangsmigration hat in den letzten Jahren eine traurige Aktualität erlangt. Heute ist *der Flüchtling* in Europa wieder so präsent wie am Ende des Zweiten Weltkrieges. Nachdem über Jahrhunderte hinweg Menschen diesen Kontinent auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen haben, ihre Heimat aus politischen oder religiösen Gründen aufgeben mussten oder gewaltsam aus dieser vertrieben wurden, ist in der Gegenwart Europa zum Zielort von Migrationsbewegungen geworden. Diese nahmen 2015 eine neue Dimension an, als Deutschland und Europa durch die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen und Migranten aus verschiedenen Regionen der Welt gefordert wurden. Der Umgang mit dieser Entwicklung ist in Europa

1 »[...] nachalne przypominanie o Niemcach jako ofiarach na każdym kroku.« Semka: Recenzja dokumentu »Program funkcjonalno-użytkowy wystawy głównej«, 2016.

zu einem zentralen politischen Thema geworden und droht sowohl die nationalen Gesellschaften als auch die Union selbst zu spalten.²

In Zeiten neuer nationaler und internationaler Spannungen sind die europäischen Gesellschaften einmal mehr gefordert, das gemeinsame Haus Europa zu gestalten. Die verbindende sowie auch trennende Vergangenheit kann dafür weder ignoriert noch problemlos als Fundament genutzt werden. Fortwährende geschichtspolitische Auseinandersetzungen und historisch geglaubte Konflikte machen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Verständigung deutlich.

Die Diskussionen um die angemessene Erinnerung und die damit verbundene politische und historische Einordnung von Flucht und Vertreibung drehten sich in Deutschland, Polen und Tschechien seit der Jahrtausendwende vor allem um die Musealisierung des historischen Geschehens und machten die geplanten Institutionen damit zum zentralen Aushandlungsort dieses Themenfeldes. Diese Auseinandersetzungen verbinden sich mit der Entwicklung, dass nach 1989 Museen als »Leitmedien« der Erinnerungskultur ebenso wie eine aktive staatliche Geschichtspolitik noch an Bedeutung gewonnen haben.³ Auch die in der vorliegenden Abhandlung diskutierten heftigen Auseinandersetzungen um die Museen sollen das Faszinosum des Museums und seiner wesentlichen Ausdrucksform, der Ausstellung, nicht verdecken. Sie besitzt die einmalige Möglichkeit, auch konfliktbeladene Erzählungen räumlich und anhand authentischer Exponate erfahrbar zu machen, Zusammenhänge zu zeigen und so eine ideale Plattform für einen vergleichenden und Verständigung ermöglichenden Blick zu sein.⁴

Flucht und Vertreibung sind eine der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges. Dieses heterogene, aber verschränkte Geschehen während, am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg wird in Deutschland in diesem Begriffspaar zusammengefasst und bedarf weiterer Erläuterung, wie sie in Kapitel 1.3 vorgenommen wird. Der von Deutschland initiierte Zweite Weltkrieg sollte zu einer »ethnischen Neuordnung« Europas unter nationalsozialistischen Vorzeichen führen, in deren Folge die Existenz des tschechischen und polnischen Volkes in ihrer bisherigen Form ausgelöscht worden wäre. Dieses Vorhaben blieb nicht nur Planung, sondern führte zu einem beispiellosen Vernichtungskrieg mit zahllosen Verbrechen. In deren Folge wurden nach den im Holocaust ermordeten europäischen Juden, von denen etwa drei Millionen Bürger Polens waren, die nicht-jüdischen Polen und der polnische Staat zu Hauptopfern des Zweiten Weltkrieges. Insgesamt verursachte der Zweite Weltkrieg mehr als 35 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge in Europa.⁵ Die Deutschen der Ostprovinzen, der Tschechoslowakei und der jahrhundertalten deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa waren während des Krieges Mitläufer, Täter und Opfer. Diese etwa 18 Millionen Menschen wurden am Ende des Krieges durch Flucht, Vertreibung und Deportationen ungleich härter bestraft als ihre vormaligen west- und süddeutschen »Volksgenossen«.

2 Vgl. dazu das Essay des bulgarischen Politikwissenschaftlers Ivan Krästev: *Europadämmerung*, 2018. Pointiert stellt er die These auf, dass die »Flüchtlingskrise sich als Europas 11. September« erwiesen habe (S. 35).

3 Makhotina; Schulze Wessel: *Neue Konfliktlinien*, 2015, S. 2.

4 te Heesen: *Theorien des Museums zur Einführung*, 2013, S. 190.

5 Suppan: *Violence in Western Europe in the 20th Century*, 2018, S. 179.

Der historische Kontext von Flucht und Vertreibung scheint allein aus den Gewalttätigkeiten und den dystopischen Plänen des nationalsozialistischen Deutschland erklärbar, doch reicht der in Kapitel 3 diskutierte ideengeschichtliche Hintergrund deutlich weiter zurück. Die Vorstellungen nationaler Eindeutigkeit und eines anzustrebenden ethnisch homogenen Nationalstaates sind ein integraler Bestandteil der Moderne. Die im 19. und 20. Jahrhundert aufgekommene Idee, langfristige inner- oder zwischenstaatliche Konflikte durch organisierte ›Umsiedlungen‹ zu befrieden, erfreut sich auch bei manchen westlichen Politikern und Intellektuellen nach einer langen Phase der Verdammung und internationaler Interventionen zur Verhinderung von Zwangsmigrationen erneuter Beliebtheit.⁶

Schließlich führte der Zweite Weltkrieg nicht nur zum weitgehenden Ende der Existenz deutscher Bevölkerungsgruppen in Osteuropa, sondern auch zu weiteren großflächigen Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen. Davon bildeten die Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, den *kresy*, die nächstgrößte Gruppe. Die Vernichtung des europäischen Judentums und der Sinti und Roma durch NS-Deutschland sowie das ausschließlich von Deutschland oder gemeinsam mit der Sowjetunion verursachte Ende ehemaliger multiethnischer und multikonfessioneller Kulturregionen wie Galizien änderte das bisherige Antlitz von Osteuropa vollständig und stellt einen bis heute fortwirkenden kulturellen Verlust ungeheuren Ausmaßes dar. Die genannten *kresy*, die jüdischen Shtetl, die von Rumänen, Ukrainern, Juden, Polen und Deutschen geprägte Bukowina und das tschechisch-jüdisch-deutsche Prag Franz Kafkas existieren nur noch in der Erinnerung. Dies ist nicht nur ein kultureller, sondern auch ein politischer Verlust – waren diese Gebiete doch bei allen, häufig erheblichen Konflikten und einer auf Ethnizität oder Konfessionalität beruhenden strukturellen Ungleichheit⁷ ein Beispiel für »eine lange Geschichte multikultureller und multiethnischer Kooperation [...], aus der ein gewaltiges Potenzial für gegenwärtige Orientierung und zukunftsgerichtetes Engagement gezogen werden kann.«⁸ Auch wenn in der vorliegenden Arbeit die Erinnerung an und die Musealisierung der Zwangsmigration der Deutschen im Mittelpunkt steht, soll diese europäische Dimension stets mitgedacht werden.

Die vorliegende Untersuchung folgt der These, dass sich erinnerungskulturelle Entwicklungen in Museumsprojekten materialisieren und anhand dieser analysiert werden können. Aus der Antwort auf die einleitend genannte Fragestellung, wie sich die geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Prozesse in den untersuchten Museumsvorhaben manifestiert haben, versucht die vorliegende Arbeit Schlüsse für die Entwicklung der Erinnerung an Flucht und Vertreibung in Deutschland, Polen und Tsche-

-
- 6 Vgl. Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 423-425, 457-459. Siehe auch: Schwartz: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2013, S. 624. Vgl. Kap. 3.7, S. 140f. und Kap. 8, S. 528f.
- 7 Philipp Ther diskutiert kritisch die Tendenz, die »Vielsprachigkeit und [...] Multikonfessionalität« Osteuropas als Vorbild für eine multikulturelle Gesellschaft heranzuziehen, beruhte das historische Zusammenleben doch auf einer nahezu undurchlässigen und hierarchischen Zuordnung gesellschaftlicher Rollen nach Konfessionalität und Ethnie, verbunden mit einer strukturellen »soziale[n] Ungleichheit«. Ther: Die Außenseiter, 2017, S. 39f.
- 8 Kotte: Rezension zu: Beate Herget/Berit Pleitner (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008, 2010, S. 267.

chien zu ziehen. In Verbindung mit dem vorher untersuchten Diskurs soll dabei die Frage alter und neuer Annäherungen und Konflikte leitend sein.

Warum die hier behandelten Museumsprojekte nach wie vor umstritten und umkämpft sind, soll die Arbeit durch die Diskussion der schon existierenden und geplanten Ausstellungen sowie die ihnen vorangegangenen und sie noch begleitenden Debatten beantworten. Dafür wird die Diskursgeschichte skizziert und auf die zentralen Konfliktlinien und Argumente hin untersucht. Die in Kapitel 3 vorgenommene Diskussion des historischen Geschehens folgt der Annahme, dass Kerndissense nicht nur auf die unterschiedliche Bewertung, sondern auch auf die selektive Thematisierung einzelner Phasen der geschichtlichen Ereignisse und ihre unterschiedliche Kontextualisierung zurückzuführen sind. In den Kapiteln zur Diskursgeschichte soll folgender Fragekomplex erörtert werden: Welche diskursiven Entwicklungen führten zu einer Veränderung der Erinnerungskultur? Auf welchen Ebenen trafen sich die Diskurse? Wo scheiterten sie? Wo wurden Wege der Verständigung aufgezeigt?

Diese Arbeit prüft im Folgenden, wie die Ausstellungen und Konzeptionspapiere in dieser Diskursgeschichte agieren. Die verschiedenen Ansätze werden miteinander verglichen und auf Gemeinsamkeiten und Trennendes hin befragt. Hierbei werden die Museen nicht nur als Manifestationen, sondern auch als Akteure der Erinnerungskultur verstanden. Die Untersuchung folgt der These, dass die Unterschiede in der Darstellung von Flucht und Vertreibung stärker sind als dies auf Basis der wissenschaftlichen Literatur sowie nach dem Selbstverständnis der Museumsmacher anzunehmen wäre. Von besonderem Interesse ist die Frage, inwieweit sich demgegenüber Ansätze einer verbindenden europäischen Erzählung konkret fassen lassen. Dies soll mit der angesprochenen These abgeglichen werden, dass die älteren nationalen Narrative über eine lange unterschätzte fortlaufende Stabilität und Akzeptanz verfügen und sich auch in den Museumsprojekten wiederfinden. Eine der Annahmen des Autors besteht darin, dass besonders kontroverse Themen in den Ausstellungen aus unterschiedlichen Motivationen heraus eher vermieden als offensiv diskutiert werden. Dies wiederum könnte zu einer Unausgewogenheit der Darstellung des historischen Themas führen und damit keine ausreichende Grundlage für Verständigung sein.

Am Ende soll die Arbeit anhand der Ergebnisse der Ausstellungsuntersuchungen und der Diskursgeschichte eine Bilanz über die Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung in Deutschland, Polen und Tschechien sowie auf europäischer Ebene ziehen. Ein weiterführendes Ziel besteht darin, mit der Untersuchung der Auseinandersetzungen über die ›richtige‹ Darstellung eines umstrittenen Themas im Europa des 21. Jahrhunderts auch eine Grundlage für generalisierende Überlegungen zum europäischen Umgang mit den zahlreichen umkämpften Vergangenheiten zu bieten. Grundsätzlich folgt der Autor der Argumentation, dass es unabhängig von der Gestaltung des weiteren europäischen Integrationsprozesses für das politische Zusammenleben in Europa ein Problem ist, wenn geschichtspolitische Konflikte ignoriert oder sorgsam gepflegt werden.⁹ Das gilt vielleicht noch mehr, wenn in Europa Nationalismus und Nationalstaat eine Renaissance erfahren sollten. Ein konstruktiver Beitrag der Geschichtswissenschaft ist für eine Verständigung notwendig, auch wenn ihr Einfluss nicht über-

9 Vgl. Steinbach: Erinnerung – Gedenken – Geschichtspolitik, 2013, S. 335.

schätzt werden darf. Im besten Fall leistet auch die vorliegende Arbeit im Sinne einer engagierten Wissenschaft einen Beitrag zu diesem *Einander verstehen*.

1.1 Untersuchungsansatz, Selbstverständnis des Autors und Sprache

Für die Erläuterung des Diskurses und der Darstellung der Geschichte in den Museen ist eine Diskussion des historischen Geschehens notwendig. Auf dieser Grundlage soll der Frage nachgegangen werden, was und warum unterschiedlich erinnert wird. Dafür werden die verschiedenen Historiographien und Narrative über die Vertreibung nebeneinandergestellt und diskutiert. Unmittelbar über das Thema von Flucht und Vertreibung hinausgehend, aber für deren Verständnis in Polen und Tschechien damit untrennbar verbunden, wird auch die Besatzungs- und Kriegszeit diskutiert. Eine reine Analyse des deutschen, polnischen oder tschechischen Diskurses für sich erscheint ebenso wenig ausreichend wie eine bloße Diskussion der Museen, die so stark mit dem Diskurs und geschichtspolitischen Entwicklungen verbunden sind. Für eine Untersuchung und einen systematischen Vergleich von Erinnerungskulturen eignen sich Museen zudem besonders, auch wenn unterschiedliche Hintergründe, strukturelle Differenzen und verschiedene Ansprüche zu berücksichtigen sind.¹⁰

Mit der Diskursgeschichte in Kapitel 4 und 5 soll, aufbauend auf dem derzeitigen Forschungsstand, eine Synthese geleistet und die verschiedenen Perspektiven und zentralen Konfliktlinien diskutiert werden. Durch die Rekonstruktion der Kernlinien des Diskurses entfällt die Notwendigkeit einer »lückenlose[n] chronologische[n] Nacherzählung der Debatte«. ¹¹ Dennoch ist der Blick auf den Diskurs im Kalten Krieg zur Herausarbeitung der erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Weichenstellungen beim Thema Flucht und Vertreibung geboten, wobei sich dabei eine gelegentliche Wiederholung bestimmter oder nur in Nuancen veränderter Argumentationen nicht immer vermeiden lässt. Die in Kapitel 2 thematisierte Diskursanalyse und Diskursgeschichte soll die Durchsetzung bestimmter Narrative respektive die entsprechenden Kämpfe um Deutungshoheiten erkennen und erklären. Schließlich zeichnet der Autor auf diesem Wege die Entwicklung zu den Museen nach. In Anlehnung an Stefan Troebst wird ein dreistufiges Diskurs-Modell verfolgt: der innergesellschaftliche, der zwischenstaatliche und der Diskurs auf der europäischen Ebene, wobei hier vor allem Aushandlungsprozesse im Rahmen der Europäischen Union gemeint sind.¹²

Für die Untersuchung der Museen, der Ausstellungen und des Konzeptionspapiers der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird die in Kapitel 2.5 entwickelte Museumsanalyse herangezogen. Diese berücksichtigt die Erkenntnis, dass Ausstellungen zwar mit geschichtswissenschaftlichen Methoden, aber nicht als bloße Textquellen analysierbar sind. Zudem gilt es für eine angemessene Kritik, die spezifische »Funktionsweise

10 Pieper: Resonanzräume, 2010, S. 205. Vgl. Echternkamp; Jaeger: Representing the Second World War, 2019, S. 1.

11 Czerney: Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2012, S. 150.

12 Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 236.

von Ausstellungen [zu] verstehen und [zu] berücksichtigen.«¹³ Auch wenn die Ausstellungen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, werden die anderen Elemente der Häuser wie Personalstruktur oder Gesetzgebung kurz erläutert und in die darauf folgenden Überlegungen einbezogen, denn schließlich limitiert die gesamte Konstruktion die Möglichkeiten der Ausstellungsmacher und sagt bereits viel über den Anspruch an das Haus oder des Hauses aus. Die Kuratoren werden in der Arbeit primär durch ihre Ausstellungen oder Konzeptionspapiere zu Wort kommen. Das stets identische Vorgehen soll die Vergleichbarkeit der untersuchten Institutionen gewährleisten. Die umfassende Ausstellungs- oder Konzeptionsanalyse bildet gemeinsam mit der Diskursgeschichte die empirische Grundlage für die abschließenden Überlegungen.

Auf Basis der in Kapitel 2.5 erörterten theoretischen Grundlagen wird ein Fragenkatalog als Leitfaden für die Untersuchung der Ausstellungen erstellt. Dieser strukturiert die Analyse und dient der Vergleichbarkeit. In diesem Katalog werden in fünf Schritten der Anspruch an das Museum und die Ausstellung (1) ebenso wie die Gestaltung (2), die konkret vermittelten Inhalte (3) und Aussagen vor allem in Hinblick auf ein oder mehrere zentrale Narrative diskutiert (4) sowie im Abgleich mit dem Anspruch des Museums Überlegungen zu dessen ›Funktionieren‹ (5) angestellt. Die Grundlage der Analyse ist ein vom Autoren zuvor beschriebener ›Ausstellungsrundgang‹ oder eine Besprechung des Konzeptionspapiers. Diese Rundgänge und Besprechungen schaffen einen problemorientierten Überblick, der aber keinen Anspruch auf eine vollständige Erfassung der Ausstellung erhebt. Dennoch sollen deren Struktur und Grundcharakter auf diese Weise ermittelt werden.

Für die Studien vor Ort hielt der Autor besonders das räumliche Erleben und die physische Erfahrbarkeit, beispielsweise bei Geräuschkulissen, durch Notizen fest. Zudem wurden für die spätere Bearbeitung die Ausstellungen umfassend durch Fotografien dokumentiert. Erfasst wurden sowohl die Ausstellungsräume als auch Texte und Medienstationen mit dem Schwerpunkt auf den Bereichen von Flucht und Vertreibung. In allen Museen versuchte der Autor, den von den Ausstellungsmachern vorgesehenen Ausstellungsrundgang abzuschreiten, um dem intendierten räumlichen und inhaltlichen Narrativ zu folgen. In der Nachbereitung wurden die Beobachtungen in Kombination mit Ausstellungskatalogen und Ausstellungsgrundrissen, soweit vorhanden, verschriftlicht. Beim Konzeptionspapier der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung verwendete der Autor eine an dieses Format angepasste Form der skizzierten Museumsanalyse. Die Ergebnisse und Überlegungen werden schließlich mit Pressestimmen und wissenschaftlichen Kommentaren zu den Ausstellungen abgeglichen.¹⁴ Die Resultate stellt der Autor abschließend den jeweiligen Museen der Vergleichsgruppe gegenüber.

Die Vielseitigkeit des Themas *Flucht und Vertreibung*, der Institution Museum und der Erinnerungskulturen Deutschlands, Polens und Tschechiens gebietet einige wesentliche Beschränkungen. Der geografische Rahmen der Arbeit begrenzt sich auf die von der

13 Baur: Die Musealisierung der Migration, 2009, S. 26.

14 Vgl. Thiemeyer: Geschichtswissenschaft: Das Museum als Quelle, 2010, S. 82f.

Vertreibung der Deutschen am meisten betroffenen heutigen Staaten Deutschland, Polen und Tschechien sowie die Ebene der Europäischen Union mit dem Haus der Europäischen Geschichte. Österreich als Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie, die über Jahrhunderte die Heimat für die Sudetendeutschen, Donauschwaben oder Siebenbürger Sachsen war, kann aus arbeitsökonomischen Gründen nicht weiter berücksichtigt werden. Das ist inhaltlich damit zu rechtfertigen, dass Österreich in der Verhandlung der Thematik nach 1945 keine zentrale Rolle einnahm. Dieses änderte sich geringfügig im Zuge der Diskussionen um die EU-Osterweiterung um die Jahrtausendwende, worauf auch einzugehen sein wird. Ebenso kann die Slowakei, die bis 1993 einen gemeinsamen Staat mit Tschechien gebildet hat und mit den Karpatendeutschen über eine eigene deutsche Minderheit verfügt, nur am Rande berücksichtigt werden.

Bei der Auswahl der Regionalmuseen erfolgt eine Beschränkung auf Schlesien mit einem Exkurs auf das Sudetenland und die Deutschen der böhmischen Länder. Nur hier liegen jeweils zwei in ihrer Form vergleichbare Museumsprojekte vor. Schlesien wird zudem auf Oberschlesien eingegrenzt, da das Museum in Kattowitz gemäß dem gängigen polnischen Verständnis von Schlesien¹⁵ einen klaren Fokus auf Oberschlesien hat und das Museum in Görlitz beide Regionen Schlesiens behandelt.

Der Fokus der Arbeit auf der staatlichen und politischen Ebene lässt es vertretbar erscheinen, auf die schwierige Frage des *impacts* der Museen und staatlicher Geschichtspolitik auf die Bevölkerung zu verzichten. Entsprechende punktuell vorhandene Erhebungen werden aber berücksichtigt. Da für die Ziele dieser Arbeit die Ausstellungsinhalte sowie die sie begleitenden Diskussionen im Mittelpunkt stehen, wird die Besucherrezeption keine zentrale Rolle spielen.¹⁶

Demzufolge stehen die Museen und Diskussionen im Mittelpunkt der Untersuchung. Weitere zentrale Elemente der Erinnerungskultur wie Film, Fernsehen oder Comics und digitale Formate, die die Reichweite der meisten Ausstellungen weit übersteigen, werden bis auf einige Ausnahmen nicht als Primärquellen berücksichtigt.¹⁷ Dafür kann auf eine bereits umfassende Forschung, zumindest für den Zeitraum bis in die 2000er Jahre, zurückgegriffen werden.

An verschiedenen Stellen der Arbeit werden Akteure vorgestellt und diskutiert, dennoch wird keine umfassende und vergleichende Akteursanalyse durchgeführt, wie sie bereits verschiedentlich geleistet wurde.¹⁸ Ähnlich verhält es sich mit der politischen Beziehungsgeschichte. Diese ist von Bedeutung und wird immer wieder eingebracht, dennoch handelt es sich um keine Arbeit über internationale Beziehungen, auch wenn in diesem Feld nationale und transnationale Geschichtspolitik als zunehmend wichtiger Faktor anerkannt wird.¹⁹

Die Untersuchung beschränkt sich auf aktuelle Ausstellungen und Ausstellungsprojekte. Alle untersuchten Häuser zeigen noch ihre erste Dauerausstellung und verfügen, abgesehen vom Museum in Kattowitz, über keine längere Geschichte. Ältere und weitere Musealisierung von Flucht und Vertreibung werden nur cursorisch diskutiert.

15 Vgl. Kap. 6.1, S. 275.

16 Vgl. Kap. 2.5, S. 87–89.

17 Vgl. Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur, 2013, S. 42.

18 Vgl. dafür einige der in Kap. 1.4 zum Forschungsstand diskutierten Studien.

19 Vgl. Sierp; Wüstenberg: Linking the Local and the Transnational, 2015, S. 323.

Ein gelungenes Beispiel für die Querschnittsuntersuchung eines Museums liefert themennah Vasco Kretschmann mit seiner Abhandlung zum Breslauer Stadtmuseum und seinen deutschen und polnischen Ausstellungen in 110 Jahren.²⁰ Eine Mischform bietet die hier mehrfach herangezogene Studie von Monika Heinemann, die verschiedene polnische Museen und ihre Ausstellungen von den 1980er Jahren bis heute untersucht.²¹

Zeithistorische Arbeiten, die bis in die Gegenwart oder im Fall der geplanten Museumsprojekte de facto in die Zukunft reichen, unterliegen besonderen Herausforderungen und auch einer berechtigten Skepsis. Dieser soll durch die vorliegende Arbeit mit klar formulierten und mit der notwendigen Substanz beantwortbaren Fragen begegnet werden. Auf spekulative Prognosen wird verzichtet. Ansonsten steht diese wie jede wissenschaftliche Schrift der späteren Ergänzung und Falsifikation gegenüber.²² Bis zum September 2018 wurden Forschungsliteratur und Berichterstattung zum Thema Flucht und Vertreibung und zu den untersuchten Museen systematisch verfolgt. Für die überarbeitete Fassung der Studie wurden neuere Arbeiten sowie Pressemeldungen noch bis Anfang 2020 herangezogen und punktuell eingearbeitet. Das Ende des Jahres 2019 markiert damit den Endpunkt des Untersuchungszeitraumes.

Der vorliegende Untersuchungsgegenstand ist durch eine aktive Teilnahme der Geschichtswissenschaft geprägt. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, zu beachten, dass Museen und Politik die Thematik nicht simplifizierend dem gewünschten Narrativ unterordnen – sei es nun im Sinne einer unterschiedlich verstandenen ›europäischen‹ oder einer nationalen Meistererzählung. Das ist nicht immer gelungen und das historische Erbe der Geschichtswissenschaft als einer Legitimationswissenschaft lässt sich auch heute nicht einfach abstreifen. Wird auf der einen Seite wieder vermehrt oder nach der wiedergewonnenen nationalen Unabhängigkeit von 1989 in Ostmitteleuropa auch nachholend klassische Nationalgeschichte geschrieben, bemühen sich auf der anderen Seite Historiker zunehmend um eine geschichtliche Fundierung der Europäischen Union. Ein prominentes Beispiel aus dem weiteren Themenfeld des vorliegenden Falles ist die ›Rehabilitierung‹ des Habsburgerreiches mit seinen komplexen Aushandlungen zwischen den Völkern und Religionen als einem historischen Vorbild der Europäischen Union.²³

Eine wert- und politikfreie Arbeit ist freilich nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Diesem Problem muss aber durch eine transparente Methodik, eine solide empirische Basis und die Darlegung der eigenen Axiome und eine damit verbundene Selbstreflexion begegnet werden.²⁴ Der Autor versucht dafür den Ansatz zu verfolgen, dass Aushandlungen über Geschichte keine weitere Ebene internationaler Kämpfe mit Gewinnern und Verlierern sind; es geht nicht um nachträgliche Gerichtsprozesse, sondern um »Analysieren, Verstehen, Ereignisse, gesellschaftliche Mechanismen und Zu-

20 Kretschmann: Breslau museal, 2017.

21 Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum, 2017.

22 Vgl. zur Problematik den Tagungsbericht zur Zeitgeschichtsforschung in Deutschland und Frankreich: Glässer: Tagungsbericht: L'histoire du temps présent et ses défis au XX^e siècle/Zeitgeschichte und ihre Herausforderungen im 21. Jahrhundert, 17.10.2013 – 19.10.2013 Paris, 2014.

23 Vgl. Keisinger: Historiker am Zeitgeist. *Der Tagesspiegel*. 12.10.2017.

24 Vgl. Feindt: Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung, 2014, S. 173.

sammenhänge, die diese bedingten und ermöglichten.«²⁵ Zugleich soll dem schnellen und beliebten Griff nach dem historischen Argument für politische Positionen widerstanden werden.²⁶ Die Verständnisse und Ziele von Geschichtspolitik gehen innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Staaten auseinander, wie in Kapitel 5 noch gezeigt wird. Existiert in Deutschland ein breiter Konsens, Geschichtspolitik als Unterstützung und Legitimation für die liberale Demokratie heranzuziehen, sehen die polnischen Nationalkonservativen in ihr einen »Generator von Patriotismus und nationaler Identitätsbildung.«²⁷ Geschichte und Politik versteht der Autor nicht grundsätzlich als illegitime Partner, sondern sieht darin ein unter geschichtswissenschaftlicher Beteiligung oder zumindest durch sie zu begleitendes konstruktiv gestaltbares Politikfeld.²⁸

Der Autor gehört der Generation von Deutschen an, für die Reisefreiheit und fortschreitende europäische Integration eine Selbstverständlichkeit sind und die in überwiegender Zahl ein positives Verhältnis zur Europäischen Union hat, ohne dieses in Konflikt mit nationalen Identitäten zu sehen. In den letzten Jahren, zuletzt beim *Brexit*, ist jedoch eine innere Spaltung Europas zunehmend offenbar geworden. Unabhängig davon, welche Vorstellungen man von der weiteren Entwicklung der Europäischen Union hat, wird die Notwendigkeit der Verständigung mit den Nachbarn über die gemeinsame Geschichte nicht verschwinden, zumindest wenn man diese eben nicht zur Konfrontation verwenden möchte.

Diese Arbeit hat die Konstruktion von Geschichte im Diskurs und im Museum zum Gegenstand. Dennoch verfolgt der Autor in Abgrenzung zu einem Radikalkonstruktivismus die Vorstellung, dass eine Annäherung an eine *historische Wahrheit* (wenn auch im Plural) möglich ist und dieser Anspruch unbedingt erhalten bleiben muss.²⁹ Dass diese Wahrheit(en) aber nie abschließend geklärt werden können und stets unterschiedliche Perspektiven bestehen bleiben und müssen, ist ebenso fundamental – oder wie es der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl ausdrückte:

»In einer freien Gesellschaft gibt es nach unserer Überzeugung kein geschlossenes und schon gar nicht ein amtlich verordnetes Geschichtsbild. Niemand – niemand! – hat das Recht, anderen seine Sicht und seine Deutung der Geschichte aufzudrängen!«³⁰

Die vorliegende Arbeit berührt die Grundfrage nach Tätern und Opfern. Auch die Museen müssen sich zu den Fragen positionieren: Werden Täter oder Opfer individualisiert oder als Kollektive dargestellt? Wie viel Raum erhalten Täter gegenüber Opfern und werden Graubereiche aufgezeigt? Der Autor folgt der Überlegung, dass eine Hierarchisierung der Opfer grundsätzlich zu vermeiden ist, was aber nicht von der Verantwortung und Notwendigkeit entbindet, auf unterschiedliche Kontexte zu verweisen.³¹

25 Tüma: Die Aussiedlung, 2015, S. 257f.

26 Ebd., S. 275f.

27 Saryusz-Wolska; Stach et al.: Verordnete Geschichte? 2016. Die Autorinnen beziehen sich hier auf den polnischen Politologen Aleksander Smolar.

28 Vgl. dazu und für verschiedene Positionen Kap. 2.3, S. 62f.

29 Vgl. Rohlfes: Eine bilanzierende Einführung, 2006, S. 13.

30 Zitiert nach: Danker: Aufklärung, Identifikation oder Repräsentation? 2006, S. 215.

31 Vgl. Goschler: »Versöhnung« und »Viktimisierung«, 2005, S. 884.

Damit schließt sich die Arbeit der Entwicklung an, in der die Geschichte, auch die des Zweiten Weltkrieges, nicht mehr nur durch ein starres Täter-Opfer-Schema betrachtet werden kann und so Raum für Grautöne bleibt.³² Die Diskussion über die Notwendigkeit der Vertreibungen und die Motive hinter den gewalttätigen Übergriffen wird in Kapitel 3 geführt. Der Autor folgt hier dem Verständnis, das der polnische Historiker Tomasz Strzembosz 2008 eindrücklich darlegt hat:

»Noch bevor ich zum eigentlichen Thema komme, muss ich mit einer grundlegenden Feststellung beginnen. Nichts kann Morde an irgendeiner Gruppe ziviler Opfer rechtfertigen. Es gibt nichts, was das Töten von Männern, Frauen und Kindern rechtfertigen könnte, nur weil sie zu irgendeiner gesellschaftliche Gruppe, einem bestimmten Volk oder Religion gehören. Das Üben von Gerechtigkeit muss immer individuell sein ... Genauso lehne ich grundsätzlich das Töten von Soldaten jeglicher militärischer oder polizeilicher Formationen ab, nur weil sie darin ihren Dienst tun, ganz besonders, wenn sie unbewaffnet sind und sich ergeben haben. Jeder, der einen solchen Mord begeht – und es ist ganz gleich, wen er repräsentiert – ist für mich nichts anderes als ein Mörder.«³³

Die deutschen Vertriebenen betrachtet der Autor als eine Opfergruppe, deren Anspruch auf eine Erinnerung ihrer Geschichte in seiner angemessenen Dimension für Deutschland und seine Nachbarstaaten berechtigt ist. Das heißt freilich nicht, dass ihre Verbände und Positionen unkritisch gesehen werden. Schließlich gilt für die historische Bewertung, dass der spezifische Kontext des Zweiten Weltkrieges, die Beteiligung vieler Ost- und Sudetendeutscher an Krieg und Besatzungsherrschaft sie eben nicht zu einer Opfergruppe wie andere macht. Dieses Verständnis von einer besonderen Opfergruppe ist zentral, um die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe für diese in Deutschland, Polen und Tschechien zu verstehen. Das stellt keineswegs in Frage, dass das vertriebene Kind oder der Greis vollständig unschuldig an ihrem Schicksal waren. Aber auch bei individuell schuldig gewordenen Menschen stellt sich die Frage, ob die Vertreibung eine rechtsstaatliche und nur damit tatsächlich gerechte Bestrafung sein kann.

Für die Untersuchung der Museen bedeutet dieses Selbstverständnis aber, dass es wissenschaftlich unsinnig wäre, diese ausschließlich aus der Perspektive zu analysieren, ob die »eigene« oder die im Fokus stehende Opfergruppe »angemessen« dargestellt wird. Diese Frage muss und kann nur im Gesamtkontext des Museums diskutiert und beantwortet werden. Dafür ist auch ein Vergleich mit der Darstellung anderer Opfergruppen sinnvoll, zum Beispiel der der polnischen Vertriebenen. Hier muss sich die Wissenschaft schließlich von einem »Opferwettbewerb« distanzieren, bei dem es darum geht »wer mehr gelitten hat, wer die meisten Opfer zu beklagen hatte«.³⁴ Eine Möglichkeit, derartige Vorwürfe aufzufangen, besteht darin, kontroverse Themen in den Museen mit Multiperspektivität offen anzugehen und sich der Problematik auszusetzen,

32 Thieme: Multi-Voiced and Personal, 2019, S. 29.

33 Strzembosz: Przemilczana kolaboracja, 2008, S. 54. Übersetzung nach: Tüma: Die Aussiedlung, 2015, S. 257.

34 Niethammer; Augstein et al.: Das Haus der Europäischen Geschichte, 2011, S. 189.

gegebenenfalls keine verbindliche Aussage treffen zu können oder diese zur Diskussion zu stellen.³⁵ Gerade das Museum ist dafür ein geeigneter Ort.

Kaum ein Begriff ist in der engeren und weiteren Debatte um Flucht und Vertreibung unumstritten, was bei dem Terminus des historischen Geschehens selbst beginnt. Dieser und weitere Begriffe werden in der Arbeit laufend diskutiert. Ein Klassiker im deutsch-polnischen Austausch ist die Frage der Ortsbezeichnung. Der ehemals oft konfliktbeladene Umgang mit dieser Frage hat sich jedoch mittlerweile deutlich entspannt. In Polen verbindet kaum noch jemand mit der Bezeichnung von Wrocław als Breslau revanchistische Forderungen.³⁶ Für die vorliegende Arbeit wird ein pragmatischer Umgang gewählt: Grundsätzlich werden bei der ersten Nennung im Kapitel beide Namen angegeben, bei den weiteren die deutsche Bezeichnung. Dieses auch in den bundesdeutschen Medien übliche Vorgehen stößt an seine Grenzen bei Mittel- und Kleinstädten, deren deutsche Bezeichnungen aus der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden sind.³⁷

Auch in dieser Arbeit fällt es schwer, den Nationenbegriff trotz der Heterogenität von Gesellschaften sowie der Komplexität von Identität konsequent zu differenzieren und damit ethnische Zuschreibungen nicht zu perpetuieren.³⁸ Nationale Kategorien müssen zunächst als diskursive Realität zur Kenntnis genommen werden. Für den historischen Teil der vorliegenden Arbeit gilt beispielhaft, dass die Tatsache, dass die Siebenbürger Sachsen als im Mittelalter gerufene Einwanderer aus den Gebieten des Heiligen Römischen Reiches sich heute überwiegend als Deutsche verstehen, etwas mit historischen Selbst- und Fremdzuschreibungen zu tun hat. Der Fall der Sudetendeutschen ist ähnlich gelagert, gehörten diese doch trotz eines bei ihnen im 19. Jahrhundert immer stärker vorhandenen deutschen Nationalbewusstseins nach der Phase im Deutschen Bund im 19. Jahrhundert nur für sieben Jahre einem deutschen Nationalstaat an – und zwar dem nationalsozialistischen Deutschland. Vorher waren sie jahrhundertlang politisch und kulturell eng mit der Habsburger Monarchie verbunden. Besonders in den Besprechungen der Ausstellungen werden uns die Frage der Beschreibung vermeintlicher nationaler Eindeutigkeit ebenso wie nationale Indifferenzen begegnen.³⁹

Am Beispiel der Sudetendeutschen, ein Terminus, der sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend durchgesetzt hat – aber auch keineswegs abschließend, wie die Benennung des Museums in Aussig zeigt – lässt sich die normative Bedeutung des Begriffes anschaulich zeigen: Wenn konsequent von der Vertreibung der tschechoslowa-

35 Vgl. für ein Plädoyer für das Museum als Ort der Diskussion auch: Whitehead; Eckersley et al.: *Place, Identity and Migration and European Museums*, 2016, S. 55.

36 Vgl. Tomann: *Geschichtskultur im Strukturwandel*, 2016, S. 17f.

37 Ein alternativer Ansatz findet sich bei Tomann, die in ihrer historischen Untersuchung stets den jeweils vorherrschenden Stadtnamen verwendet, auch um eine historische Orientierungshilfe zu bieten: *Ebd.*, S. 17.

38 Brunnbauer; Esch: *Ethnische Säuberungen in Ostmittel- und Südosteuropa*, 2006, S. 19.

39 Nach Karin Bischof stellt der »Umgang mit Minderheiten [...] eine klassische Bruchstelle nationaler Narrative dar, da Minderheiten die mit der nationalen Narration verbundene Vorstellung von Homogenität [...] häufig infrage stellen.« Bischof: *Die Periode bis zur Gegenwart*, 2016, S. 97f.

kischen Staatsbürger deutscher Nationalität geschrieben wird,⁴⁰ verbinden sich damit andere Einschätzungen, als wenn man den vermeintlichen Antagonismus von Tschechen und Sudetendeutschen repetiert. Für die Tschechoslowakei wird in dieser Arbeit der jeweils gültige Staatsname und die damit verbundene Kurzform verwendet, das heißt:

- 1918-39 und 1945-60: Tschechoslowakische Republik (ČSR; zwischen 1960-1990 Abkürzung für Tschechische Sozialistische Republik als Teilrepublik),
- 1960-1990: Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR)
- 1990 bis 1992: Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR).

In der Erinnerungskultur Deutschlands und Tschechiens wird häufig der tschechische *und* slowakische Charakter dieses Staates übersehen, auch zum Zeitpunkt der Vertreibungen. An diesen und den damit verbundenen Gewalttaten waren Slowaken auf allen Ebenen beteiligt.⁴¹

Die in der Arbeit verwendeten Übersetzungen sind, wenn nicht anders angegeben, vom Autor angefertigt worden. Bei mehrsprachigen Ausgaben wird deutschen oder englischen Texten der Vorrang gegeben. Außer wenn es gesondert angeführt ist, sind in Zitaten Hervorhebungen entsprechend der Quelle wiedergegeben.

Diese Studie verwendet ausschließlich das generische Maskulinum. Museumsmacherinnen, Kuratorinnen oder Besucherinnen seien stets mitgedacht.⁴²

1.2 Untersuchungsgegenstände

Museen und Gedenkstätten sind als »Leitmedien der Erinnerung«⁴³ zu verstehen. Durch ihre Ausstellungen und ihre Arbeit wirken sie mit einer »kreativen Eigendynamik« in die Gesellschaften hinein.⁴⁴ Als Fixpunkte erinnerungskultureller Diskurse zeigen Museen und ihre Gründungen »Veränderungen, Umwidmungen und Konflikte« auf.⁴⁵ An ihnen kristallisieren sich die Konfliktlinien der Auseinandersetzungen, die »Ausstellung wird zum Ort der Aushandlung, wo sich Tabus und Dissonanzen in der Geschichtsrepräsentation auf tun.«⁴⁶ Das ganze Spektrum von Geschichtspolitik findet sich im Medium Ausstellung: »In ihnen kommen geschichtspolitische Agenden, spezifische Versuche der Funktionalisierung, Allianzen, Abgrenzungen und Umbrüche von Erinnerungsakteuren sichtbar zum Ausdruck bzw. werden kommuniziert.«⁴⁷ Die

40 Das wäre freilich auch nicht vollständig korrekt, da die Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Münchner Abkommen von 1938 praktisch abgelegt haben.

41 Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 259f.

42 Vgl. Tomann: Geschichtskultur im Strukturwandel, 2016, S. 18.

43 Makhotina; Schulze Wessel: Neue Konfliktlinien, 2015, S. 2.

44 Pieper: Resonanzräume, 2010, S. 203f.

45 Makhotina; Schulze Wessel: Neue Konfliktlinien, 2015, S. 6.

46 Pieper: Resonanzräume, 2010, S. 204.

47 Ebd.

immanente politische Dimension zeigt sich in der Verhandlung von Identität und zentralen Fragen der Gegenwart und Zukunft im Museum.⁴⁸

Die auf mehrere Jahre angelegten Dauerausstellungen sind bei ihrer Erschaffung meist vom Anspruch möglichst hoher Verbindlichkeit geprägt und wirken nach ihrer Fertigstellung häufig wiederum »kanonbildend«.⁴⁹ Dies wird verstärkt durch die hohe gesellschaftliche Anerkennung, die musealisierter Geschichte entgegengebracht wird. Dennoch ist diese Autorität, gerade in der Phase der Auseinandersetzung, begrenzt und die mögliche »Absicht der Ausstellung realisiert sich [...] erst im Vorgang der Auseinandersetzung mit den Repräsentationen, in den konkurrierenden Reaktionen verschiedener Öffentlichkeiten.«⁵⁰

Eine genaue Definition von Möglichkeiten, Reichweite und Grenzen von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik folgt in Kapitel 2.2 und 2.3. Dort wird die Bedeutung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert, die in der vorliegenden Studie immer wieder einbezogen werden, auch wenn sie nicht im Fokus stehen. Ihre meist in langwierigen Auseinandersetzungen als Kompromisse durchgesetzten Ansprüche an die konkrete Ausformung von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur werden in der Diskurs- sowie Vorgeschichte der Museen besprochen. Die sich anhand zentraler Konfliktlinien festmachenden Debatten zeigen zugleich die der Geschichte und Erinnerung zugeschriebene Bedeutung.

Alle in der vorliegenden Arbeit untersuchten Institutionen verbinden Gemeinsamkeiten. Sie haben als einen oder ihren zentralen Gegenstand die Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die untersuchten Einrichtungen sind im besonderen Maße als Ergebnis offizieller Geschichtspolitik zu verstehen, da sie zu hundert Prozent staatlich finanziert wurden und werden – teilweise auch durch die Europäische Union. Keine der Ausstellungen ist vor dem Jahr 2006 eröffnet worden. Die Konzeptions- und Gestaltungsphasen laufen folglich von den 2000ern bis in die Gegenwart. Alle Ausstellungen waren und sind umkämpft, wobei das Thema der Vertreibung im weiteren Sinne, beispielsweise bei der Darstellung der Deutschen der Region, eines der oder das Streitthema war. Bis auf das *Muzeum Śląskie* und das *Haus der Europäischen Geschichte* finden sich alle Institutionen in einem Sammelband von 2010 zur Darstellung von Flucht und Vertreibung im Museum.⁵¹

Das 2006 eröffnete *Schlesische Museum zu Görlitz* (SMG⁵²) und das 2015 umgezogene und um eine historische Dauerausstellung erweiterte *Muzeum Śląskie* in Kattowitz (MŚK⁵³) sind beides politische Leuchtturmprojekte ihrer Region.⁵⁴ Die gemeinsame Bezugsre-

48 Pieper: Resonanzräume, 2010, S. 200. Vgl. Gray: The Politics of Museums, 2015, S. 170.

49 Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum, 2017, S. 16.

50 Muttenthaler; Wonisch: Gesten des Zeigens, 2006, S. 41.

51 Dem eine entsprechende Tagung vorausging: Deutsches Historisches Museum; International Association of Museums of History et al. (Hg.): Flucht, Vertreibung, Ethnische Säuberung, 2010.

52 Die Abkürzung »SMG« wird auch vom Schlesischen Museum selbst verwendet.

53 Die Abkürzung »MŚK« wird auch vom Muzeum Śląskie selbst verwendet.

54 Die heutige schlesische Museumslandschaft ist vielfältig und wird von weiteren Museumseröffnungen in Polen begleitet. Gleichzeitig mit dem Muzeum Śląskie eröffneten zwei weitere Häuser, die die oberschlesische Geschichte behandeln: eines über die »Oberschlesischen Aufstände« in

gion verbindet sie, auch wenn das Museum in Kattowitz sich weitgehend auf Oberschlesien beschränkt und das in Görlitz in seinem ganzheitlichen Ansatz die Geschichte Oberschlesiens *miterzählt*. Dennoch gibt es vielfältige Anknüpfungspunkte: sowohl die Vertreibung der Deutschen als auch damit direkt oder indirekt zusammenhängende Fragen, etwa die oberschlesische Teilung nach dem Ersten Weltkrieg, die ›Begleiterscheinungen‹ des Zwangsmigrationsgeschehens am Ende des Zweiten Weltkrieges, beispielsweise in Form der Lager, oder das Fortleben einer deutschen Minderheit in der Region. Die historische Ausstellung des Muzeum Śląskie ist auch als eine Antwort auf die deutsche und tschechische Musealisierung Oberschlesiens zu verstehen. So sah der ehemalige Direktor Leszek Jodliński in den deutschen und tschechischen Museen ein Vorbild, zumal in ihrem mehrsprachigen, auf die Nachbarländer ausgerichteten Ansatz.⁵⁵ Das MŚK hat der Autor im November 2016 besucht, das SMG im März 2017. Nach der Betrachtung der beiden Museen werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede vergleichend erörtert. Das in der Tschechischen Republik, in Mährisch-Schlesien liegende Schlesische Landesmuseum in Troppau/Opava konnte in die vorliegende Untersuchung nicht einbezogen werden. Dieses bereits 1814 entstandene Museum war bisher aber auch weder ein Kristallisationspunkt des Vertreibungsdiskurses in Tschechien, noch berührt es aktuell mit seiner Arbeit dieses Themenfeld. Dennoch könnte das Haus in Zukunft auf die Darstellung des deutsch-tschechischen Verhältnisses hin untersucht werden.⁵⁶

In zwei Exkursen werden im Kapitel 6 zudem die Planungen zum *Sudetendeutschen Museum in München* und zum *Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* in Aussicht in den Blick genommen. Sie dienen als Beispiel für die Entwicklung der tschechischen und deutschen Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung der Sudetendeutschen. Für beide Vorhaben »lässt sich eine grenzüberschreitende Einflussgeschichte nachweisen« und beide vereint das Ziel, »das Zusammenleben in den böhmischen Ländern« darzustellen.⁵⁷

2006 wurde das *Collegium Bohemicum* in Aussicht als ein Verbundprojekt regionaler und nationaler Institutionen mit dem Auftrag gegründet, die Vergangenheit der deutschsprachigen Bewohner des Landes sowie die deutsch-tschechischen Beziehungen wissenschaftlich und kulturell aufzuarbeiten und zu begleiten. Auf dieser Basis wurde das Vorhaben entwickelt, ein Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens zu schaffen. Diskussionen und erhebliche Verzögerungen begleiten das Projekt. Eine Eröffnung war zuletzt für 2020 vorgesehen. Für die vorliegende Arbeit kann auf

Schwientochlowitz/Świętochłowice und eines über die Deportationen von Oberschlesiern in die Sowjetunion 1945 in Radzionkau/Radzionków. Vgl. für eine knappe Darstellung der drei Institutionen Kobielska: *Muzea do pamiętania/Museums for Remembering*, 2016, S. 178–193.

55 Kortko; Ostafowska: *Dość całowania ręki niemieckiego pana. Gazeta Wyborcza*, 26.06.2013.

56 Vgl. für eine kurze Besprechung des Schlesischen Museums in Troppau [*Slezské zemské muzeum*]: Táborský: *Creating Silesian Identity*, 2018.

57 Řezník; Schulze Wessel: *Das Museum als Medium einer Verflechtungsgeschichte von Deutschen, Tschechen und Slowaken*, 2017, S. 18f.

einen 2016 veröffentlichten »Spaziergang« durch das Ausstellungsmodell zurückgegriffen werden.⁵⁸

Beim Sudetendeutschen Tag des Jahres 2006 nahm der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber die Idee auf, ein Sudetendeutsches Museum zu schaffen. Trotz der unmittelbar darauf beginnenden Planungen begleiteten Verzögerungen auch dieses Projekt. In der zweiten Jahreshälfte 2020 soll es eröffnen. Von allen untersuchten Häusern löste dieses Vorhaben bisher die wenigsten Kontroversen aus. Ein 355-seitiges Konzeptionspapier bildet die Grundlage für die Untersuchung.⁵⁹

Die mit Beschluss des Deutschen Bundestages von der Bundesregierung 2008 ins Leben gerufene *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* (SFVV⁶⁰) war zunächst eine Reaktion auf das Projekt des Bundes der Vertriebenen (BdV), ein *Zentrum gegen Vertreibungen* einzurichten. Zunächst verstanden als ein Kompromiss zwischen dem Anliegen des BdV und kritischen Stimmen, die eine Gefährdung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten sahen, war auch die weitere Entwicklung der Stiftung von fortwährenden Diskussionen geprägt. Ihre Dauerausstellung wird voraussichtlich 2021 eröffnet. Zwischenzeitlich kann auf mehrere umfassende Konzeptionspapiere, zuletzt vom Juni 2017, zurückgegriffen werden. Die SFVV versteht sich mehr als Dokumentationszentrum mit vielfältigen Aufgaben denn als Museum. Die Dauerausstellung ist nur ein, wenn auch das zentrale Element. Der Einfachheit halber wird bei der Nennung der Häuser im Plural die SFVV auch als Museum gefasst.

Der Gründungsimpuls für das *Museum des Zweiten Weltkrieges* (MIIW⁶¹) in Danzig bestand darin, eine nationalliberale, proeuropäische polnische Antwort auf das Vorhaben des BdV und später auf die Planungen der Bundesregierung zu finden. Aus der Vorstellung dieser Idee 2007 entwickelte sich rasch ein zentrales Projekt der polnischen Geschichtspolitik, um das heftigste Auseinandersetzungen entbrannten. Mittlerweile ist es zu einem Symbol des weltanschaulichen Richtungstreits in Polen geworden. Der ursprüngliche Gründungsimpuls geriet in den Hintergrund. Dennoch ist die Darstellung von Flucht und Vertreibung an verschiedenen Stellen ein Bestandteil der Dauerausstellung geworden. Bevor das Haus im März 2017 offiziell seine Tore öffnete, konnte der Autor es im Januar 2017 bei einer vorzeitigen, temporären Öffnung besuchen. Zu diesem Zeitpunkt war die Ausstellung noch nicht vollständig, aber die mittlerweile fertiggestellten Bereiche zum Themenkomplex *Flucht und Vertreibung* konnten berücksichtigt werden, da ergänzend auf dokumentierte Berichte von Forscherkolleginnen zurückgegriffen werden konnte.⁶² Der Diskurs um das Museum und seine Dauerausstellung können nur in ihren Grundzügen skizziert werden und dienen vor allem als zu berücksichtigender Hintergrund für die Aushandlung von Flucht und Vertreibung im Zusammenhang mit dem MIIW. Die zeitliche Eingrenzung ist von Bedeutung, da sich

58 Mouralová, Šícha: 1500 Quadratmeter und 800 Jahre Leben, 2016.

59 Fendl: Sudetendeutsches Museum – Konzept, 2016.

60 »SFVV« ist keine offizielle Abkürzung, auch wenn sie sich in der Webadresse der Stiftung findet.

61 *Muzeum II Wojny Światowej*. Die Abkürzung »MIIW« wird auch von Museum in Danzig selbst verwendet, wobei die »II« im Logo durch fallende Bomben illustriert ist.

62 Machcewicz und sein Team vermuten, dass zu diesem Zeitpunkt über 70 Prozent der Ausstellung zugänglich waren: Machcewicz: *Muzeum*, 2017, S. 256.

die ursprüngliche Dauerausstellung in einem konstanten Änderungsprozess befindet. Über Änderungen an den spezifisch die Zwangsmigration betreffenden Ausstellungsteilen ist bisher noch nichts bekannt. Mit dem so gefassten Untersuchungsgegenstand lässt sich vor allem eine Aussage über das Verständnis einer angemessenen musealen Darstellung von Flucht und Vertreibung aus nationalliberaler polnischer Perspektive in den 2010er Jahren treffen.

Die Idee, ein Museum für die Geschichte Europas unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Einigungsprozesses nach 1945 zu schaffen, entstand bereits in den 1970er Jahren. Von verschiedenen Projekten konnte letztlich das 2007 initiierte *Haus der Europäischen Geschichte* (HEH⁶³) in Brüssel im Mai 2017 eröffnen. Das im Namen enthaltene Selbstverständnis als »Haus« soll den Anspruch widerspiegeln, ein Forum für den bürgerschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch über die europäische Geschichte und Gegenwart zu sein. Bereits in den ersten Planungsstadien sollten Flucht und Vertreibung der Deutschen ein Ausstellungselement werden. Die spätere Realisierung dieses Teiles war dann einer von vielen verschiedenen Kritikpunkten aus dem Umfeld nationalkonservativer Kritiker des HEH aus Polen. Kurz nach der Eröffnung konnte der Autor das Haus im Juni 2017 zweimal besuchen.

1.3 Diskussion der Schlüsselbegriffe

Im Folgenden sollen einige der zentralen Begriffe dieser Arbeit diskutiert werden. In Kapitel 2 schließt sich die Besprechung der theoretischen und methodischen Schlüsselbegriffe von Vergleich, Erinnerungskultur, Geschichtspolitik, Museum, Ausstellung und Diskurs an.

Eine für die Diskussion der behandelten kulturhistorischen Museen fortwährend bedeutende Frage ist die der grundsätzlichen Klassifizierung. Hier soll eine schematische Skala helfen: Auf der einen Seite identifiziert der Autor einen konventionell-nationalen und konservativen, auf der anderen einen progressiven Ansatz. Monika Heinemann differenziert in ihrer Studie mit einem vergleichbaren Schema, indem sie Museen in »eher progressive oder konservative Institutionen des kollektiven Gedächtnisses« gruppiert.⁶⁴ Bei progressiven Einrichtungen ist zu beobachten, dass sie bisherige Narrative hinterfragen, multiperspektivisch operieren und Inkonsistenzen zulassen, nationale Konzepte beispielsweise durch regionale, supranationale oder globale Ansätze oder eine Perspektive der Minderheiten ersetzen beziehungsweise ergänzen und von (selbst)kritischer Reflexion getragen sind. Klassische Ausstellungen zeichnen sich in diesem Schema durch zumeist nationale und sich im Kern um Nationen drehende konsistente Erzählungen aus und verwenden statische Nationenkonzepte.

Die Nähe zur politischen Sprache und zu politischen Lagern mit ihrer wertenden Konnotation ist offensichtlich und spiegelt sich in den unterschiedlichen Positionen

63 *House of European History*. »HEH« ist keine offizielle Abkürzung, findet sich aber verschiedentlich auf den eigenen Webpräsenzen des Hauses, beispielsweise beim Mediendienst *Twitter*.

64 Heinemann: *Krieg und Kriegserinnerung im Museum*, 2017, S. 18.

zu den Museen wider, die sich häufig mit den politischen Lagern in den jeweiligen Ländern decken. Folglich soll der Begriff »progressiv« in der vorliegenden Arbeit nicht insofern missverstanden werden, dass dieser aus wissenschaftlicher Perspektive einen anzustrebenden Fortschritt bezeichnet, sondern eine bestimmte, in der Arbeit elaborierte Perspektive auf Museen beinhaltet. Wie jedes dichotome Schema ist die Aussagekraft von Kategorien wie »progressiv« und »konservativ« schließlich begrenzt. Das Haus der Europäischen Geschichte operiert zum Beispiel in einer scheinbar supranationalen Erzählung mit verschiedenen Nationalgeschichten, enthält zugleich jedoch Ansätze eines Nationalmuseums der Europäischen Union. Überkreuzungen ebenso wie unterschiedliche politische Kontexte in den verschiedenen Ländern werden folglich nicht ausgeschlossen und entsprechend thematisiert.

Flucht und Vertreibung Wie lassen sich die für diese Arbeit konstitutiven, aber heterogenen historischen Phänomene begrifflich fassen, auf die sich die Museen und Ausstellungen beziehen? Die vorliegende Untersuchung soll die vorhandene Begriffsvielfalt widerspiegeln: An erster Stelle wird der hier aufgeschlüsselte Terminus von »Flucht und Vertreibung« verwandt, ebenso wie der neutralere, wissenschaftliche Oberbegriff der »Zwangsmigration«. ⁶⁵ Die Anzahl weiterer, im wissenschaftlichen Gebrauch verwendeter Begriffe ist vielfältig und eine Abgrenzung der einzelnen angesprochenen Phänomene nicht immer klar. Begriffe wie ethnische Säuberung ⁶⁶, Gewaltmigration, erzwungene Migration, *forced removal* oder *population transfer* haben ihre je eigenen Konnotationen und damit verbundene Vor- und Nachteile. ⁶⁷ Die Abgrenzung von Genozid und staatlich forcierter Zwangsmigration mag für die letztgenannten Opfergruppen, die ums Leben Gekommenen und ihre Angehörigen einen akademischen Charakter haben, dennoch ist eine Trennung aus politischer und wissenschaftlicher Sicht geboten und sinnvoll: Ist beim Genozid die physische Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe das Ziel, ist es bei ethnischen »Säuberungen« und Vertreibungen die Entfernung aus einem bestimmten Territorium. Dies schließt nicht aus, dass für letztere genozidale Metho-

-
- 65 Vgl. für ein Plädoyer für den Terminus Zwangsmigration als sinnvollem Dachbegriff: Melville; Pešek et al.: Einleitung, 2007, S. XII. Vgl. Naimark: Zwangsmigration im Europa des 20. Jahrhunderts, 2016, S. 12-14.
- 66 Vgl. für eine erste Einführung des Terminus, der im Zuge der ethnischen Konflikte und folgenden Kriege auf dem Balkan der 1990er Jahre entstand, den Artikel von Hans Lemberg: »Ethnische Säuberung«, 1992. Vgl. zum Begriff und zur Begriffsgeschichte auch: Schwartz: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2016, S. 29-32. Die Schreibweisen gehen dabei auseinander: Schwartz setzt nur die »Säuberungen« in Anführungszeichen, Lemberg den ganzen Begriff. Vgl. Kraft: Große Erzählungen oder dichte Beschreibungen, 2014, S. 39.
- 67 Vgl. zur Einführung und Diskussion des Terminus »forced removal«: Bessel; Haake: Introduction, 2009, S. 4-6. Auch Naimark diskutiert die entsprechenden Begriffe und spricht sich gegen »forced removal« aus, welches einen klinischen, »chirurgischen Beigeschmack« habe, ebenso wie der Begriff »forced population movements« (Pertti Ahonen) auch auf »Natur- und Umweltkatastrophen« zutreffen könne; der Begriff »population transfer« sei noch weniger sinnvoll, um die zu beschreibenden Geschehnisse zu fassen. Die Verwendung des Begriffes der Vertreibung lehnt er nicht ab: Naimark: Zwangsmigration im Europa des 20. Jahrhunderts, 2016, S. 12-14.

den angewendet und eine zumeist beträchtliche Zahl von Opfern in Kauf genommen werden.⁶⁸

Der Terminus der Zwangsmigration wird sich möglicherweise als Oberbegriff durchsetzen. Ein Defizit des Begriffs des Zwanges ist allerdings seine unbestimmte Ursache. Eine Migration aufgrund einer in einem Gebiet vorherrschenden Hungersnot ist zweifellos von Zwang geprägt. Es bedarf folglich nicht eines menschlichen oder staatlichen Akteurs, der diese Form von Migration gewaltsam auslöst.⁶⁹ Der Begriff der »Gewaltmigration« verdeutlicht eher das Vorhandensein eines gewalttätigen Akteurs, allerdings ermöglicht dieser keine spezifische Differenzierung von Fluchtbewegungen aufgrund unterschiedlicher Formen von Gewalt, wie das Durchrücken der Front oder die gezielte Vertreibung. Jochen Oltmer verwendet in seiner Definition einen weiten Gewaltbegriff, der die Einschränkung beziehungsweise Bedrohung von »(Über-) Lebensmöglichkeiten und körperliche[r] Unversehrtheit, Rechte[en] und Freiheit, politische[n] Partizipationschancen, Souveränität und Sicherheit« und das dadurch ausgelöste Verlassen der Herkunftsorte als Gewaltmigration fasst, welche »als eine Nötigung zur räumlichen Bewegung verstanden werden [kann], die keine realistische Handlungsalternative zuzulassen scheint.« Flucht grenzt er insofern von Vertreibungen ab, als dass erstere ein Ausweichen vor Gefahren und Diskriminierungen bedeute, Vertreibungen aber von »institutionelle[n] Akteure[n] unter Androhung und Anwendung von Gewalt« durchgeführt würden.⁷⁰ Gegen den Begriff der Gewaltmigration spricht, dass diese ohne Darlegung des Kontextes als eine Migration missverstanden werden kann, die von den »Migranten« mit Gewalt erzwungen wird.

Philipp Ther untergliedert Zwangsmigration in deutlicher Abgrenzung vom Genozid und den »Todeslagern der Nationalsozialisten und den Gulags der Bolschewiken«, deren Ziel die systematische Vernichtung bestimmter Gruppen war, in vier Kategorien:

1. die Flucht vor bewaffneten Auseinandersetzungen, die zu einer »ethnischen Säuberung« wird, wenn die Rückkehr aufgrund von »Ethnizität oder Nationalität« verweigert wird,
2. die »Vertreibung [...], die spontan oder sogar als Racheakt erfolgen kann und nicht auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen basiert«,
3. die ähnlich gelagerten Deportationen innerhalb oder über die Grenzen eines Staates hinweg und schließlich
4. die »Zwangsumsiedlung«, für die es eine Reihe von euphemistischen Begriffen gibt; wobei auch hier noch eine Binnendifferenzierung vorzunehmen ist.⁷¹

68 Brunnbauer; Esch: *Ethnische Säuberungen in Ostmittel- und Südosteuropa*, 2006, S. 9f. Vgl. zur Diskussion der Trennung auch ausführlich: Kraft: *Große Erzählungen oder dichte Beschreibungen*, 2014, S. 41-43, 46f.

69 Naimark erscheint der Begriff Zwangsmigration zu friedlich, er klammert die notwendige Form der Gewalt aus: Naimark: *Zwangsmigration im Europa des 20. Jahrhunderts*, 2016, S. 12.

70 Oltmer: *Deutschland und die globale Flüchtlingsfrage*, 2016.

71 Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten, 2011, S. 7f. In seiner Publikation von 2017 über den Flüchtling in der Geschichte untergliedert Ther wiederum vier »Idealtypen« der Flucht: die existentielle, die prädeterminierte, die proaktive und die optionale. Die Vertreibung der Deutschen

Jenseits der wissenschaftlichen Terminologie gibt es in Deutschland, Polen und Tschechien eine eigene Begriffsgeschichte für die Zwangsmigration der Deutschen. In Polen gab und gibt es eine Reihe von meist beschönigenden Begrifflichkeiten für die Beschreibung des Geschehens. Bis heute am meisten verbreitet sind die Begriffe der »Aussiedlung« oder Zwangsaussiedlung [*wysiedlenie*] und »Umsiedlung« [*przesiedlenie*], die auch für die Zwangsmigration der Polen verwendet werden und daher entgegen dem Anschein eine weniger technisch-neutrale als negative Bedeutung in sich tragen.⁷² Die direkte Übersetzung des deutschen Vertreibungsbegriffs in *wypędzenie* funktioniert nur eingeschränkt, da dieser »wenig gebräuchlich und theologisch konnotiert ist«.⁷³ In kritischer Reaktion wird der Begriff in Polen dennoch zunehmend verwendet, allerdings dann *auch* bewusst für die von den Deutschen vertriebenen Polen.⁷⁴ In Tschechien dominiert der Begriff des »Abschubs« [*odsun*].⁷⁵ Beide beziehen sich schließlich nur auf einen Teil des historischen Geschehens.⁷⁶ In allen Ländern sowie den verschiedenen betroffenen Gruppen führt der unterschiedliche Sprachgebrauch zur besonderen oder alleinigen Hervorhebung einzelner Phasen: So sind es im Deutschen die beiden Phänomene ›Flucht‹ und ›Vertreibung‹, im Polnischen und Tschechischen primär die Phase der vergleichsweise geregelten ›Aussiedlung‹ der Deutschen 1946/47.⁷⁷

Zur problematischen bundesrepublikanischen Tradition des Begriffes der ›Vertriebenen‹ heißt es im *Lexikon der Vertreibungen* von 2010, dass dieser ein zentrales Element des bundesrepublikanischen Opferdiskurses war und ist. Er ermöglichte die Abgrenzung von den Opfern der Deutschen und behinderte die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch eine (Über-)Betonung des deutschen Opferstatus. Zudem diene im Kalten Krieg dieses sich in dem Terminus widerspiegelnde Verständnis des Geschehens als außenpolitisches Mittel zur »Aufrechterhaltung deutscher Forderungen

betrifft vor allem die ersten beiden, kann aber zum Beispiel im Falle der als autochthon anerkannten Oberschlesier auch die letzte Kategorie betreffen: Ther: *Die Außenseiter*, 2017, S. 289-293.

- 72 Vgl. für die Begriffsdiskussion: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: *Konzept für die Dauer Ausstellung*, 2017, S. 17f.
- 73 Bömelburg: *Flucht und Vertreibung in der deutschen und polnischen Öffentlichkeit*, 2012, S. 174.
- 74 Siehe: Franzen; Troebst: *Vertreibung*, 2010, S. 695f.
- 75 Vgl. zur komplizierten, nur als Annäherung möglichen, Übersetzung und Definition des Begriffes »odsun«: Schmidt-Hartmann: *Menschen oder Nationen?* 1988, S. 143-145.
- 76 Nach Staněk manifestieren sich in den »(...) Auseinandersetzungen um die Begriffe und ihre aktualisierten Bedeutungen (›Abschiebung‹ oder ›Vertreibung‹) nicht selten höchst unterschiedliche Sichtweisen des Bruchs in den tschechisch-deutschen Beziehungen in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts. Ganz offensichtlich betrachtete der überwiegende Teil der tschechischen Gesellschaft den Ausdruck ›Abschiebung‹ (bzw. ›Transfer‹) als adäquate Bezeichnung für die Zwangsemigration von Deutschen aus Mittel- und Osteuropa in den Nachkriegsjahren. Allgemein gesehen gilt ungefähr das gleiche, freilich mit umgekehrten Vorzeichen (...) im deutschen Umfeld.«: Staněk: *Abschiebung oder Vertreibung?* 2005, S. 531. Suppan zeigt demgegenüber auf, dass bei konkreter Betrachtung die historischen Geschehnisse (auch aus Sicht beteiligter Zeitzeugen) kaum mit technischen Begriffen wie ›Abschub‹ zu fassen, sondern – den gewaltsamen und zwingenden Charakter anerkennend – als Vertreibung zu bewerten seien: Suppan: *Hitler – Beneš – Tito*, 2014, S. 1751.
- 77 Vgl. Linek; Lotz: *Flucht, Vertreibung, Umsiedlung*, 2015, S. 639-641.

gen«, zur Abgrenzung vom ›Ostblock‹ und der Abwehr von ausländischen Reparationsforderungen.⁷⁸

Die Bezeichnung »Flucht und Vertreibung« hat trotz ihrer genannten Schwächen, ihrer politischen Instrumentalisierung und ihrer lediglich im deutschen Sprachraum existierenden Tradition auch ihre Stärken, da sie als einzige der gängigen Ausdrücke die zwei wesentlichen Bewegungen fasst.⁷⁹ Die Ergänzung um weitere Begriffe wie ›Evakuierung‹ und ›Deportation‹ eignet sich für eine praktische Anwendung nicht.⁸⁰ Eine sinnvolle Ergänzung könnte die Trias »Flucht – Vertreibung – Zwangsumsiedlung« bilden, die auch die stärker organisierten Phasen der Vertreibung einbezieht. Letztlich ist aber jeder Sammelbegriff für das historische Geschehen »zwangsläufig verkürzend« und verdeckt verschiedene Phasen und Verantwortlichkeiten des Geschehens. Damit strukturiert bereits der gewählte Begriff das Denken, den Diskurs und das politische Handeln.⁸¹

Die Verwendung des Begriffs ›Vertriebene‹, in Abgrenzung zum im Sprachgebrauch der unmittelbaren Nachkriegszeit vorherrschenden Terminus ›Flüchtlinge‹, wird – kompatibel mit der obigen Ther'schen Kategorisierung – dadurch begründet, dass die gewünschte Rückkehr in die Heimat diesen verwehrt blieb und so aus Flüchtlingen Vertriebene wurden.⁸² Diese gemeinsame Erfahrung ist die Grundlage für die Verwendung der Kategorie *die Vertriebenen* als analytischem Dachbegriff, der mit der notwendigen Abstraktion zu lesen ist: Als vermeintlich einheitliche Großgruppe gab es sie nicht;⁸³ es handelt sich vielmehr um eine sozial und kulturell heterogene Gruppe und die unter diesem Begriff zusammengefassten Menschen haben sehr unterschiedliche historische Erfahrungen gemacht.⁸⁴ Michael Schwartz äußert sich einschränkend zum Vertriebenenbegriff, hält diesen aber gleichwohl und mangels nicht euphemistischer Alternativen für denjenigen, der den historischen Umständen am nächsten kommt.⁸⁵

Eva und Hans Henning Hahn haben sich in ihrem Monumentalwerk zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung trotz der historiographischen Unschärfe und politischen Konnotation mangels brauchbarer Alternativen und seiner festen Verankerung im deutschen Sprachgebrauch schließlich ebenfalls für die Verwendung des Begriffs der

78 Franzen: Vertriebene, 2010, S. 697f. Auch Ahonen sieht in dem in den 1950er Jahren von der Bundesrepublik geförderten Begriff der Vertreibung einen Unterschied und Komplexität reduzierenden, die östlichen Staaten anklagenden Terminus: Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 602f.

79 Vgl. Beer: Die »Flüchtlingsfrage« in Deutschland nach 1945 und heute, 2016, S. 13–22. Auch Stickler plädiert in Bezug auf Ther für die Verwendung des Begriffs »Vertreibung« und »Vertriebene« als quellennahe und die diskursive Realität prägende Begriffe: Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004, S. 10f.

80 Die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission entschied sich wenigstens zeitweise für die Verwendung eines die verschiedenen Verständnisse sowie Zeitperioden abdeckenden Trialoges aus »Flucht, Vertreibung und Aussiedlung«: Ruchniewicz: Geschichtspolitik im Schatten der Dankbarkeit und Enttäuschung, 2007/2008, S. 150.

81 Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 102. Vgl. Röger: Bilder der Vertreibung, 2014, S. 263f. Siehe auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 16.

82 Lemberg: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, 2005, S. 49.

83 Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 80.

84 Vgl. Kap. 3.5, S. 124.

85 Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 75.

›Vertreibung‹ und der ›Vertriebenen‹ entschieden, verbunden mit dem Appell an die Leser, dessen problematische Begriffsgeschichte sowie die das historische Geschehen nur in Teilen fassende Verwendung fortlaufend mitzudenken. Sie verstehen Vertreibung folglich als »[...] Metapher zur Repräsentation der Geschichte der 1939-1949 heimatlos gewordenen Deutschen aus dem östlich der heutigen deutschen Grenzen gelegenen Teil Europas [...] und [...] als ein[e] historisch deskriptiv[e] Bezeichnung für jene gewaltsamen, grenzübergreifenden Ausweisungen, zu denen es in den ersten Nachkriegsmonaten vor allem entlang der neuen deutschen Ostgrenzen gekommen war.«⁸⁶ Diesem Appell schließt sich der Autor der vorliegenden Studie an.

Für die Verwendung des Begriffs ›Vertreibung‹ spricht schließlich die Anerkennung der Betroffenen als Opfergruppe, auch unter Berücksichtigung des historischen Kontextes und zumal die politischen Implikationen der frühen Bundesrepublik mittlerweile entfallen sind:

»Wenn heute von ›Vertriebenen‹ gesprochen wird, geht es nicht um Revision, sondern um Anerkennung – innerhalb der deutschen Gesellschaft, aber auch seitens der osteuropäischen Nachbarn. Es geht um die nach wie vor nicht selbstverständliche Anerkennung der Tatsache, dass die Vertreibung der Deutschen nach 1945 ein Unrecht war, das mit vorangegangenen noch schlimmeren deutschen Verbrechen zweifellos erklärt, aber eben nicht gerechtfertigt werden kann.«⁸⁷

Europa und europäische Erinnerung Was unter »Europa« zu verstehen ist, wurde und wird in Vergangenheit und Gegenwart unterschiedlich definiert: Seien es die Grenzen des *Kontinents*, Europa als *Kulturraum*, als *Idee* oder als politisches Projekt. Es handelt sich um einen wirkmächtigen, vielseitig diskutierten und zumeist positiv verstandenen Begriff.⁸⁸ Europa ist für alle Akteure sowohl im Diskurs über Flucht und Vertreibung als auch für die Ausrichtung der untersuchten Museen ein zentrales Motiv, auch wenn darunter Unterschiedliches verstanden wird. Vertreter der Initiative des BdV, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, nutzten eine spezifische »Europasemantik« ebenso wie ihre Gegner. Ging es den ersteren darum, die bisherige nationale Betrachtung neu zu rahmen und damit zu legitimieren, forderten hingegen die Gegner, ebenfalls ohne klar ausdefinierten Europabegriff, einen vermeintlich ›tatsächlichen‹ europäischen Ansatz ein, der vor allem die Stimmen der europäischen Nachbarländer aus Polen und Tschechien berücksichtigen sollte.⁸⁹

Die in Deutschland gängige Vorstellung, dass hinter Oder und Bayerischem Wald Osteuropa beginnt, wird in Polen und Tschechien nicht geteilt. Vielmehr sieht man sich als Teil Zentraleuropas. Die Zeit des Eisernen Vorhanges gilt als unnatürliche, temporäre Verschiebung des eigenen Landes in den Ostteil Europas. Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch in Deutschland wird bevorzugt der Begriff »Ostmitteleuropa« verwendet. In einer engeren geographischen Definition umfasst er das Gebiet zwischen Elbe/Oder, Bug, Drau und den Karpaten. Diese Ostmitteleuropadefinition schließt mit

86 Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 15.

87 Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 104.

88 Bauerkämper: Wege zur europäischen Geschichte, 2011, S. 37.

89 Feindt: Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung, 2014, S. 176f.

Ausnahme der Deutschbalten, Wolgadeutschen und der Deutschen Südosteuropas auch alle (ehemaligen) deutschen Siedlungsgebiete Osteuropas ein und eignet sich damit für die vorliegende Studie als Arbeitsbegriff.⁹⁰

Differenziert betrachtet werden muss die oft unterstellte europäische Dimension von Flucht und Vertreibung, schließlich waren die Regionen und Länder Europas sehr unterschiedlich von Zwangsmigrationen betroffen.⁹¹ Besonders Ostmitteleuropa wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg ein »Verschiebebahnhof« der Völker, da hier die meisten Umsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen stattfanden.⁹² Wenn man den Fokus jedoch auf Vertreibung *und* Flucht legt, wird die Bedeutung des Themas als europäisches Phänomen wesentlich deutlicher. Für die südeuropäische Dimension seien hier nur der spanische und der griechische Bürgerkrieg mit ihren erheblichen Flüchtlingszahlen, die Zwangsmigration der Algerierfranzosen oder die Aufnahme der Finno-Karelier in Finnland genannt.⁹³

Das Heranziehen von Europa als Argument wird nicht erst seit den Vertreibungsdiskursen vorgenommen, sondern ist eng mit der Geschichte der europäischen Integration verbunden und unterliegt auch deren Konjunkturen. Dem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa vorherrschenden politischen Bedarf und Willen, sich in Abgrenzung oder zumindest Ergänzung zum Nationalstaat zu verbinden und Institutionen und Wirtschaft zu europäisieren, folgten bald Re-Nationalisierungstendenzen. In den 1990er und frühen 2000er Jahren ließ sich eine neue Europaeuphorie beobachten, die mittlerweile durch starke Renationalisierungstendenzen abgelöst wurde.

In den europäischen Institutionen selbst verstärkte sich in den 1990er Jahren der Gedanke, die ökonomische und juristische Harmonisierung durch eine europäische Identitätspolitik um eine weitere Säule zu ergänzen.⁹⁴ Grundlage dieses Ansatzes war die Überlegung, dass für die weitere europäische Integration eine Einigung über die gemeinsame Geschichte und Kultur notwendig sei.⁹⁵ Diese Überlegung verstärkte sich noch einmal nach ökonomischen und politischen Krisen der Europäischen Union, in denen sich ein unterstelltes, aber auch tatsächliches Legitimationsdefizit der Institutionen der Europäischen Union offenbarte.⁹⁶ Die in den späten 2000er Jahren ausgehandelten Kompromisse des europäischen Parlaments sehen als Fundament einer solchen intendierten gemeinsamen Erinnerung die wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich fortgesetzte Auseinandersetzung und Abgrenzung von den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts an.⁹⁷ Das Europäische Parlament ist damit zum zentralen Aus-

90 Vgl. Puttkamer: Ostmitteleuropa, 2014. Vgl. auch: Hackmann: Ostmitteleuropa, 2015. Siehe ebenfalls: Troebst: »Osten sind immer die anderen!« 2013.

91 Vgl. Schlögel: Die Europäisierung des »Vertreibungskomplexes«, 2005, S. 130.

92 Hirsch: Flucht und Vertreibung, 2005, S. 114.

93 Piskorski: Zwangsmigrationen im Kontext des Zweiten Weltkriegs, 2014, S. 171.

94 Vgl. Speth: Europäische Geschichtsbilder heute, 1999, S. 159.

95 Kaiser; Krankenhagen et al.: Europa ausstellen, 2012, S. 19. Sierp; Wüstenberg: Linking the Local and the Transnational, 2015, S. 324. Vgl. Czerney: Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2012, S. 157f.

96 Vgl. Feindt; Krawatzek et al.: Europäische Erinnerung? 2014, S. 15.

97 Flierl; Müller: Transitraum, 2010, S. 8.

handlungsort und Akteur der Europäischen Union in erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Fragen geworden.⁹⁸

Manuel Becker stellt eine zielstrebige, zunehmende »Europäisierung der Memoriakultur« fest und sieht in Projekten wie dem Haus der Europäischen Geschichte »Standardisierungsbemühungen« gegenwärtiger europäischer Geschichtspolitik.⁹⁹ Troebst konstatiert erste Erfolge der überwiegend im Rahmen von *top-down* Prozessen der EU, des Europäischen Rates, der OSZE und einiger nationaler Regierungen, aber auch durch zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs vorangetriebenen Projekte für eine europäische Erinnerung. Als ein zentrales Symbol dieser Entwicklung sind die polnischen, deutschen und tschechischen Museumsprojekte für die Erinnerung an unterschiedliche Zwangsmigrationen und ethnische Säuberungen des 20. Jahrhunderts anzusehen.¹⁰⁰

Bereits in den Forschungen zu nationalen Erinnerungskulturen wird die häufig implizite Annahme, dass Gesellschaften *eine* Erinnerung teilen, abgelehnt und auf die auch hier vorhandene Heterogenität verwiesen. Harald Welzer stellt die Notwendigkeit eines geforderten gemeinsamen »europäischen Gedächtnisses« für einen weiteren erfolgreichen Integrationsprozess der europäischen Gemeinschaft in Frage, und zwar »ob das künftige Europa ohne eine solche mentale Gemeinschaftsstiftung auskommt bzw. auskommen muss, weil seine Erinnerungslandschaft zu heterogen und pluralistisch ist.«¹⁰¹ Ob, wie, von wem ausgehend und für wen sich eine europäische Erinnerung konstituiert, bleibt eine offene Frage. Die Ebene Europas in Form von Diskussionen wie im Europäischen Parlament, aber auch die transnationaler Erinnerungsakteure, ist zudem mit den nationalen Entwicklungen unübersehbar verschränkt, sodass ein Blick auf alle drei geboten ist.¹⁰² Małgorzata Pakier und Joanna Wawrzyniak problematisieren und diskutieren die Idee Europas und einer europäischen Erinnerung anhand einer Reihe von fundierten Fragen, die die Herausforderungen zusammenfassen:

»Where are its borders? Can European societies be united – and if so, around what traditions and values? Is there a specifically European culture and tradition? How is it possible to shape a peaceful European future and to cultivate its pasts at the same time? Which pasts and which traditions should be cultivated, and which should be condemned? How is it possible to create unity and preserve the diversity of various heritages in Europe at the same time? The questions of European history and identity

98 Troebst: Geschichtspolitik, 2014, S. 18f. Vgl. Sierp; Wüstenberg: Linking the Local and the Transnational, 2015. Siehe auch: Dipper: Geschichtspolitik im europäischen Vergleich, 2012.

99 Becker: Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«, 2013, S. 517. Vgl. Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 236. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Arbeit von Sarah Czerney, in der sie anhand der Betrachtung dreier Museen der Frage nachgeht, ob und inwiefern sich eine »Europäisierung« europäischer Museen erkennen lässt (Deutsches Historisches Museum, Europäisches Solidarność Zentrum Gdańsk, Musée des civilisations de l'Europe et de la Méditerranée Marseille): Czerney: Zwischen Nation und Europa, 2019.

100 Troebst: Towards a European Memory of Forced Migration? 2016, S. 236.

101 Welzer: Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis, 2010, S. 17.

102 Sierp: History, Memory, and Trans-European Identity, 2014, S. 145.

have necessarily involved the need to face both the internal and external others, and definitions of who the others are.«¹⁰³

In der vorliegenden Studie folgt der Autor den bereits 1998 von dem Osteuropahistoriker Matthias Weber angeführten kritischen Überlegungen zur europäischen Erinnerung. Dieser warnte vor einer erneuten geschichtspolitischen und gegebenenfalls historisch verzerrenden Instrumentalisierung der historischen Region Schlesien, auch wenn diese nun für die europäische Integration genutzt werden solle. Die ›Erfindung‹ all der neuen europäischen Regionen mit ihren vermeintlich völkerverbindenden Brückenfunktionen – nachdem sie vormals ›Bollwerk‹ oder ›Grenzland‹ waren – sei zwar politisch verständlich und auch »nicht pauschal negativ zu bewerten«. Die Wissenschaft sei hier aber gefordert, derartigen, fast »beliebig aktuellen Strömungen« und sich anpassenden Trends mit einer notwendigen Distanz zu begegnen, was auch für europäisierende Geschichtsdeutungen gelte, »die je nach Bedarf ›ein Jahrtausend Krieg‹ zu ›tausend Jahren Nachbarschaft‹ werden lassen können«.¹⁰⁴

Kritiker werfen einer solchen europäischen Rhetorik und vor allem der Geschichtspolitik der Europäischen Union eine quasi imperialistische Identitätspolitik auf Kosten der nationalen Einheiten vor, Verteidiger hingegen verweisen auf den *ergänzenden* Charakter einer solchen europäischen Identität.¹⁰⁵ Die, wenn auch nicht ausschließlich, aus Ostmitteleuropa geäußerte Kritik steht allerdings in keinem Widerspruch dazu, dass die ostmitteleuropäischen Regierungen auch auf der Ebene der Europäischen Union eine sehr aktive Geschichtspolitik betreiben. Mehr als andere Regierungen haben sie erkannt, welche Bedeutung diese Ebene hat, um ihre Vorstellungen erfolgreich in die Europäische Union zu integrieren, wie das nun mit dem Holocaustgedenken auf eine vergleichbare Ebene gestellte Erinnern an die kommunistische Herrschaft über Osteuropa zeigt.¹⁰⁶

Das Ersetzen der bisherigen nationalen Meistererzählungen durch eine neue und vereinheitlichende europäische Meistererzählung wird von den meisten Stimmen in Wissenschaft und Politik für unmöglich und aufgrund ihres potentiell exkludierenden und konfliktverschärfenden Charakters auch nicht für wünschenswert gehalten.¹⁰⁷ Stattdessen fordert beispielsweise Aleida Assmann »die dialogische Bezogenheit und

103 Pakier; Wawrzyniak: *Memory and Change in Eastern Europe*, 2016, S. 5.

104 Weber: *Über die Notwendigkeit*, 1998, S. 22f.

105 So formulierten unter anderem Basil Kerski, Krzysztof Ruchniewicz, Stefan Troebst und die zeitweilige Cheftwicklerin des Museums der deutschsprachigen Bewohner Böhmens Blanka Mouralová in ihrem »Manifest für eine europäische Erinnerungskultur«: »Angesichts der zunehmenden Legitimationskrise, in der sich die ›EU der 28‹ befindet, bedarf es einer europäischen Selbstverständigung über die gemeinsame Geschichte. Diese Selbstverständigung soll nicht an die Stelle der jeweiligen Nationalgeschichten treten, sondern deutlich machen, wie sehr sie miteinander verflochten sind.« (Dalos; François et al.: *1914, 1989 und das Zeitalter der Extreme*, 2013, S. 19).

106 Vgl. dafür beispielhaft die Auseinandersetzungen um die Einführung des 23. Augusts als EU-weiten Gedenktage. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt, in dessen Folge die beiden als gleichermaßen totalitär betrachteten Diktaturen Ostmitteleuropa unter sich aufteilten, verbindet sich für die ostmitteleuropäischen Staaten die über den Zweiten Weltkrieg hinausgehende, bis 1989 fortwährende kommunistische Diktatur: Troebst: *23 August*, 2012. Vgl. Kap. 7.2.1, S. 412.

107 Rudolf Jaworski weist hier beispielsweise auf die negativen Folgen der »national exklusiv abgeschotteten Geschichtsauffassungen« besonders in Ostmitteleuropa hin, die »wie geistige Wagen-

gegenseitige Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder« ein.¹⁰⁸ 2007 hat sie dafür sieben »standards for a peaceful coexistence within the European Union [...] of European memories« vorgeschlagen, in denen zunächst Erinnerung vom politischen Argument getrennt werden müsse, also Geschichte nicht für gegenwärtige politische Strategien missbraucht werden dürfe. Zweitens müsse die wechselseitige Aufrechnung von Schuld aufhören und stattdessen Selbstreflektion im Mittelpunkt stehen. Daran anschließend solle auf eine »Opferkonkurrenz« verzichtet werden; das Gedenken an die eigenen Opfer brauche und dürfe nicht durch die Marginalisierung der anderen Opfer bedingt werden. Viertens sei es erforderlich, dass Erinnerungskulturen von einer Inklusion statt Exklusion verschiedener Erinnerungen geprägt seien, was zum Beispiel heißt, dass die Erinnerung an den Holocaust die Erinnerung an die Kriegsverbrechen der Deutschen in der Sowjetunion nicht überdecken dürfe. Fünftens plädiert sie weiter dafür, dass Erinnerungen nicht auf die jeweiligen (Opfer-)Gruppen beschränkt bleiben dürfen, sondern statt einer solchen getrennten eine von Empathie geprägte geteilte Erinnerung stehen solle. Als sechsten Punkt fordert Assmann eine kontextualisierende Erinnerung, die Ursache und Wirkung des historischen Geschehens in einem weiten Horizont mitbedenkt. Schließlich sieht sie als siebten Punkt die Notwendigkeit, eine europäische Erinnerung durch gemeinsam akzeptierte Werte und eine auf diesen beruhende Identität zu rahmen. Die Berücksichtigung dieser Punkte ermögliche schließlich in Abgrenzung zum Vergessen auf der einen und einer permanenten Rückwärtsgeradheit auf der anderen Seite, »memory as a form of closure in order to open a way to the future.«¹⁰⁹

Die vorliegende Arbeit wird weder die Konstruktion einer europäischen Erinnerung noch die Destruktion dieser Vorstellung verfolgen, sondern die Referenz auf Europa und eine »europäische Erinnerung« als eine für die vorliegende Arbeit bedeutende diskursive Realität betrachten.¹¹⁰ Folgen wir den Vorschlägen von Aleida Assmann, wird deutlich, dass unter einer europäischen Erinnerung, trotz mancher pathetisch-vereinfachender Äußerung, plurale, aber miteinander im Dialog stehende und aneinander anschlussfähige Erinnerungen und Erzählungen notwendig sind. Der Weg dahin ist mühevoll und erfordert eine Infragestellung der eigenen Gewissheiten. Ob sich solche Wege oder Ansätze in den Ausstellungsvorhaben finden lassen, wird zu untersuchen sein.

burgen gegenüber benachbarten Nationalitäten aufgerüstet worden sind«. Jaworski: Die historische Gedächtnis- und Erinnerungsforschung, 2009, S. 26-28.

- 108 Assmann: Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur? 2012, S. 62f. Bauerkämper warnt vor einer »Funktionalisierung der jüngsten Geschichte für den Zweck der politischen Legitimation« wie der Einigung Europas, die der »Komplexität der Vergangenheit nicht gerecht« wird: Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis, 2012, S. 213. Vgl. Pohl: Wann ist ein Museum »historisch korrekt«? 2006, S. 277f.
- 109 Assmann: Europe: A Community of Memory? 2007, S. 19-22. Vgl. Echternkamp; Martens: Der Weltkrieg als Wegmarke? 2007, S. 17. Siehe grundlegend zur »Opferkonkurrenz«: Chaumont: Die Konkurrenz der Opfer, 2001.
- 110 Feindt; Krawatzek et al.: Europäische Erinnerung? 2014, S. 11.

Diskurs, Öffentlichkeit und Meistererzählung Der in Kapitel 2 noch auf seinen theoretischen Gehalt und damit verbundene methodische Ansätze zu befragende Begriff des Diskurses ist ein äußerst beliebter, aber auch beliebiger Terminus geworden, dessen Verwendung oft keine ausreichende Definition zugrunde liegt. Für die vorliegende Arbeit wird nach Claus Leggewie und Erik Meyer mit einer explizit geschichtspolitischen Definition unter Diskurs die Ausgestaltung der Erinnerungskultur als ein untersuchbarer politischer Aushandlungsprozess verstanden. In diesem wird die Kernfrage diskutiert: »Welche historischen Ereignisse sollen *wie* erinnert werden?« Für pluralistische Gesellschaften heißt das, dass durch das permanente öffentliche und von »konkurrierenden Deutungsangeboten« geprägte Ringen »um Denkmale, Gedenktage und -stätten sowie Museen« ständig Geschichtspolitik stattfindet.¹¹¹

Die hier untersuchten Diskurse finden in nationalen und zeitweise transnationalen Öffentlichkeiten statt. Auch hier muss wieder der Plural unterstrichen werden, existieren und konstituieren sich doch laufend verschiedene Öffentlichkeiten. Eine Wortwahl wie: »In Deutschland war der Diskurs von Empörung geprägt«, soll also nicht alternative Debatten und Einschätzungen, beispielsweise in der Öffentlichkeit eines beliebigen Dorfes oder Verbandes, negieren, sondern vor allem einem Öffentlichkeitsbegriff folgen, der die Argumente des jeweiligen »Mainstreamdiskurses« diskutiert, der sich in den *Leitmedien*, bedeutenden Verbänden und Parteien konstituiert. Dass politische Aushandlungsprozesse auf dieser Ebene stattfinden, führt mit sich, dass die dafür weiterhin zentralen nationalen Öffentlichkeiten der hauptsächliche Untersuchungsgegenstand sind.

Das Fehlen einer »europäischen Öffentlichkeit« zur Förderung und als Grundlage demokratischer Aushandlungsprozesse auf europäischer Ebene wurde bereits verschiedentlich konstatiert oder als ein (noch) ausschließlicher Elitendiskurs klassifiziert.¹¹² Dennoch ist offensichtlich, dass die nationalen Diskurse nicht unbeeinflusst sind von den Auseinandersetzungen in den Nachbarländern, aber auch von weiteren »europäische[n] und globale[n] [...] Zusammenhänge[n]«. ¹¹³ Diskussionen auf europäischer Ebene werden in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße rezipiert. Für das geschichtspolitisch zwischen den Ländern weiterhin für Spannungen sorgende Themenfeld von Flucht und Vertreibung gilt dies umso mehr. Nach Becker hat sich bei dieser Diskussion ein deutsch-polnischer, wenn nicht gar ein »gesamteuropäischer Diskursraum« gebildet.¹¹⁴

Hier schließt sich die grundlegende Überlegung der vorliegenden Arbeit an, dass diese (temporären) nationalen oder transnationalen Diskursräume in einer »public sphere«¹¹⁵ entstehen und als »Arena« (Bernd Faulenbach, Peter Haslinger), als »politischer Kampfplatz« (Petra Bock, Edgar Wolfrum) oder als »Markt« zu verstehen sind, in

111 Leggewie; Meyer: *Geschichtspolitik in der Mediengesellschaft*, 2005, S. 663.

112 Vgl. Ruiz-Soler: *Gibt es eine europäische Öffentlichkeit?* 2017.

113 Faulenbach: *Zeitenwende 1989/90*, 2008, S. 94f.

114 Becker: *Geschichtspolitik in der »Berliner Republik«*, 2013, S. 518f.

115 Sierp; Wüstenberg: *Linking the Local and the Transnational*, 2015, S. 322.

denen mit Argumenten und mancher Polemik über zentrale Fragen wie Identität oder Schuld gestritten und für den eigenen Standpunkt geworben wird.¹¹⁶

Der Begriff der *Meistererzählung* nach Konrad Jarausch und Martin Sabrow bietet sich als Ergänzung zu kurzfristigen Aushandlungsprozessen an. Sie kann in Erweiterung der zeitweise in einem Diskurs vorherrschenden Narrative als länger gültiges und stabiles, konsistentes Verständnis eines historischen Geschehens gelten. Auch hier existieren stets Gegenerzählungen, die sich je nach politischem System stärker oder schwächer Gehör verschaffen können. Ansonsten kann sie durch ihre öffentliche Dominanz als »geschichtliche Großdeutung« mit einiger Prägekraft verstanden werden. Dem Begriff wohnt dabei auch ein gewisser »imperialistischer« Charakter inne, da die Erzählung nicht nur eine diskursive Hegemonie, sondern wenigstens implizit auch die Kenntnis von der *einen* historischen Wahrheit beansprucht. Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Meistererzählungen ist die begrenzte Vergleichbarkeit ganz unterschiedlicher politisch-gesellschaftlicher Wissenssysteme von Bedeutung, der mit der Berücksichtigung des jeweiligen Diskurskontextes zu begegnen ist.¹¹⁷

Versöhnung und Verständigung Zwischenstaatliche, aber auch innergesellschaftliche geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Diskurse haben häufig Versöhnung oder – weniger pathetisch und etwas technischer – Verständigung zum Gegenstand und zum Ziel. Ein erfolgreiches Beispiel für die Beilegung eines jahrhundertelangen Konfliktes ist die deutsch-französische Aussöhnung. Der Ansicht des Autors nach erscheint der Begriff der Verständigung für den vorliegenden Fall sinnvoller, da die deutsch-polnisch-tschechischen Diskurse weiter von zum Teil grundlegend unterschiedlichen Geschichtsdeutungen geprägt sind. Bei einer Erweiterung des Blickes über das »Musterbeispiel« Deutschland-Frankreich hinaus ist erkennbar, dass sich bereits innergesellschaftliche Versöhnungsprozesse ebenso wie die zwischen verschiedenen Ländern zumeist durch langwierige und schwierige Verläufe auszeichnen, die zudem durch unterschiedliche kulturelle Vorstellungen von Schuld und Vergebung geprägt sind.¹¹⁸

Der Autor hält es daher für sinnvoll, einen Verständigungsprozess tatsächlich als einen solchen zu verstehen, der Arbeit, Zeit und Selbstkritik erfordert sowie letztlich ohne Abschluss bleibt. In Abgrenzung zu dem auch in wissenschaftlichen Schriften gelegentlich vorzufindenden »akademischen Versöhnungskitsch«¹¹⁹ verdeutlicht der Begriff der Verständigung besser die dafür notwendigen zähen Aushandlungsprozesse. Der polnische Dissident und Intellektuelle Jan Józef Lipski formulierte 1985 die dafür notwendige Grundlage:

116 Bock; Wolfrum: Einleitung, 1999, S. 7. Haslinger: Diskurs, Sprache, Zeit, Identität, 2006, S. 42. Faulenbach: Zeitenwende 1989/90, 2008, S. 94f. Siehe auch Kap. 2.4, S. 67f.

117 Jarausch; Sabrow: »Meistererzählung«, 2002, S. 9, 11f., 16-18, 20-24, 30-32.

118 Tzvetkova: Apology – All is Relative, 2012, S. 110, 115. Pierre-Frédéric Weber konstatiert in seinen Ausführungen nachvollziehbar, dass der Vergleich der deutsch-polnischen mit der deutsch-französischen Versöhnung eher hemmend als produktiv ist: Weber: Ein toxischer Vergleich. *Dialog Forum*. 13.12.2019. Folglich dient sie auch dieser Arbeit nicht als Maßstab.

119 Grelka: Rezension zu: Stephan Lehnstaedt: Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland, 2017.

»Wir müssen uns gegenseitig alles sagen, unter der Bedingung, dass jeder über seine eigene Schuld spricht. Wenn wir dies nicht tun, erlaubt uns die Last der Vergangenheit nicht, in eine gemeinsame Zukunft aufzubrechen.«¹²⁰

Dieser Ansatz, tatsächliche Gesprächsfähigkeit herzustellen, deckt sich mit den ausdifferenzierten obigen Überlegungen von Aleida Assmann. Bei den untersuchten Museen bedeutet das, diese auf ihre Angebote und ihr Verständnis von Verständigung hin zu betrachten. Wie stellen sie sich zu dieser Forderung? Wie verarbeiten sie diese? Wie offensiv ist die Verständigungsrhetorik und wie gehen sie mit Kontroversen um?

1.4 Forschungsfeld und Quellen

Das seit den 1970er Jahren stark anwachsende mediale und wissenschaftliche Interesse an Geschichte und Erinnerungsformen hat international seinen Ausdruck in elaborierten Theorien über Formen und Techniken von Erinnerung gefunden.¹²¹ Hieran waren verschiedene Disziplinen wie die Sozialwissenschaften, die Psychologie, die Literaturwissenschaften und vor allem die Kulturwissenschaften beteiligt, welche die Vergegenwärtigung von Vergangenheit aus unterschiedlichen theoretischen und methodischen Blickwinkeln analysieren.¹²² Es handelt sich also um ein in hohem Maße interdisziplinäres Forschungsfeld.¹²³

Die anfängliche Skepsis der deutschen Geschichtswissenschaft gegenüber einer historischen Erinnerungsforschung als vermeintlich wenig substantiellem Beitrag oder bloßem weiteren ›Trendthema‹ ist noch nicht überall gewichen; mittlerweile wird sie jedoch zunehmend als eine gleichberechtigte Disziplin anerkannt.¹²⁴ Unterstützend kommt hinzu, dass die Bedeutung von Erinnerungskulturen in Vergangenheit und Gegenwart als ein wichtiges Element gesellschaftlicher und staatlicher Konstitution zunehmend anerkannt wird. Die geschichtswissenschaftliche Erforschung von Museen ist ein relativ neues und noch keineswegs abschließend abgestecktes Forschungsfeld, obwohl die Untersuchung von Ausstellungen als Quellen für die Untersuchung von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik eine zunehmende Anerkennung erfährt.¹²⁵

120 Entspannung und Versöhnung. Worte an Günter Grass. Text eines Vortrages, der während des Diskussionsabends mit Günter Grass im Warschauer Studentenklub »Hybrydy« am 21. Mai 1985 gehalten werden sollte; zu dieser Veranstaltung ist es dann nicht gekommen, da Grass das Einreisevisum nach Polen verweigert wurde: Lipski (Hg.): *Powiedzieć sobie wszystko ... / Wir müssen uns alles sagen ...*, 1998, S. 248.

121 Cornelißen: *Erinnerungskulturen*, 2012, S. 171f. Vgl. umfassend: Bergenthum: *Geschichtswissenschaft und Erinnerungskulturen*, 2005, S. 121-162. Vgl. kritisch zu einem postulierten »memory turn«: Eyal: *Identity and Trauma*, 2004, S. 19.

122 Vgl. Erll: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen*, 2017, S. 1f. Siehe auch: Corni: *Forced Migrations and Mass Movements in the Memorialization Processes since the Second World War*, 2008, S. 143.

123 Vgl. Troebst: *Geschichtspolitik*, 2014, S. 19.

124 Jarausch; Sabrow (Hg.): *Verletztes Gedächtnis*, 2002, S. 7. Vgl. Assmann: *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur*, 2013, S. 24. Vgl. auch: Jaworski: *Die historische Gedächtnis- und Erinnerungsforschung*, 2009, S. 20f., 23.

125 Vgl. Kaiser; *Krankenhagen et al.: Europa ausstellen*, 2012, S. 221f.

Ein beliebtes Unterthema dieses Forschungsfeldes ist die schon diskutierte Frage einer spezifischen »europäischen Erinnerung«.¹²⁶ Daher wird bereits eine zunehmende Sättigung durch Forschungsliteratur zur »europäischen Erinnerung« und der Erinnerungsforschung zum Zweiten Weltkrieg konstatiert, die alle weiteren Arbeiten in diesem Bereich unter einen besonderen Rechtfertigungsdruck setzt.¹²⁷

Aus der großen Menge der hier berücksichtigten Forschungsliteratur stechen einige Arbeiten hervor, bei denen es einige Parallelen zur vorliegenden Studie gibt. Erik Meyer und Claus Leggewie haben mit ihrer viel beachteten geschichtspolitischen Untersuchung den Weg zum bundesdeutschen Holocaust-Mahnmal nachgezeichnet.¹²⁸ Diese endet unter anderem mit einer knappen Besprechung der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen. An den Ansatz der Studie, den geschichtspolitischen Diskurs um die Einrichtung einer Erinnerungsstätte als Grundlage der Analyse einer Erinnerungskultur heranzuziehen, knüpft die vorliegende Arbeit an. Eine weitere vergleichbare Studie ist die von Anna Ziebińska-Witek, in der sie verschiedene Ausstellungen zum Holocaust in Museen und Gedenkstätten untersucht.¹²⁹

Stephan Scholz hat in seiner Publikation von 2015 die bundesdeutsche Erinnerungslandschaft zu Flucht und Vertreibung anhand der mehreren hundert über das Land verteilten Denkmäler zur Erinnerung an die Vertreibung skizziert.¹³⁰ In dem auch hier herangezogenen Sammelband »Krieg im Museum« von 2015 wird die Präsentation des Zweiten Weltkrieges in verschiedenen osteuropäischen Museen und Gedenkstätten diskutiert. Die Herausgeber Ekaterina Makhotina und Martin Schulze Wessel stellen einleitend fest, dass die vergleichende Museumsforschung in diesem Bereich noch ein Desiderat sei.¹³¹ Die Arbeit von Monika Heinemann hat hier für Polen einen wertvollen Beitrag geleistet.¹³² Die 2010 erschienene Studie von Thomas Thiemeyer vergleicht die Darstellung der beiden Weltkriege in elf internationalen Museen.¹³³ Besonders auf seine im Bereich der Methodik gewonnenen Erkenntnisse wird in der vorliegenden Arbeit mehrfach zurückgegriffen. Ein ähnliches Vorgehen zeigt sich auch bei dem von Jörg Echternkamp und Stephan Jaeger 2019 herausgegebenen Sammelband »Views of Violence«, in dem die Musealisierung des Zweiten Weltkrieges in deutschen und europäischen Museen diskutiert wird.¹³⁴ Für den Bereich der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen über Flucht und Vertreibung liegt eine Vielzahl von Studien vor; ein hervorzuhebendes Beispiel ist die Untersuchung von Maren Röger über den Diskurs in Deutschland und Polen seit 1989.¹³⁵ Ein aufmerksamer Beobachter und Akteur der verschiedenen Projek-

126 Vgl. Feindt; Krawatzek et al.: Europäische Erinnerung? 2014, S. 12-27.

127 Ebd., S. 11. Vgl. Makhotina; Schulze Wessel: Neue Konfliktlinien, 2015, S. 7.

128 Leggewie; Meyer: »Ein Ort, an den man gerne geht«, 2005.

129 Ziebińska-Witek: Historia w muzeach, 2011.

130 Scholz: Vertriebenen Denkmäler, 2015.

131 Makhotina; Schulze Wessel: Neue Konfliktlinien, 2015, S. 7. Auch Tomann konstatiert für solche Studien im »ost(mittel)europäischen Raum« noch einen Seltenheitswert, auch wenn »sich die Forschungslandschaft langsam verändert«: Tomann: Rezension zu: Bogumił et al.: The Enemy on Display. The Second World War in Eastern European Museums. New York 2015, 2016.

132 Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum, 2017.

133 Thiemeyer: Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, 2010.

134 Echternkamp; Jaeger (Hg.): Views of Violence, 2019.

135 Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, 2011.

te ist Stefan Troebst, dessen umfangreiches Oeuvre ein wertvolles Fundament bietet. Zudem gibt es eine Reihe vergleichender Studien über europäische Erinnerungskonflikte, an die verschiedentlich angeknüpft werden kann.¹³⁶ Ein Beispiel für eine ausführliche vergleichende Untersuchung nationaler Erinnerungskulturen zum Zweiten Weltkrieg in verschiedenen europäischen Ländern ist die Untersuchung von Arnd Bauerkämper.¹³⁷

Die Frage, inwiefern Zwangsmigration als ein Unterthema des Forschungsfeldes Migration betrachtet werden sollte, wird kontrovers diskutiert. Entsprechende Überlegungen und Ansätze, zum Beispiel im *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert* von 2016, stießen auf Widerspruch. Schwartz macht in seiner Rezension darauf aufmerksam, dass neben der Gefahr semantischer Verharmlosung die Negation spezifischer Charakteristika wie die »Opfer-Erfahrungen« von Zwangsmigranten drohe. Dennoch können auch einige Argumente für die Einordnung in das Feld der Migrationsforschung angeführt werden, so die Gemeinsamkeit einiger grundlegender Erfahrungen wie die der Entwurzelung, der Ablehnung in den Aufnahmegebieten und zum Teil erheblicher Integrationsschwierigkeiten. Letztlich sei eine angemessene Gewichtung notwendig, sodass Zwangsmigration nicht einfach als weitere »Wanderungsbewegung« erscheint.¹³⁸

Fast alle in dieser Arbeit behandelten Themenbereiche waren oder sind politisch umkämpft. Dies schlägt sich auch im Charakter mancher Forschungsliteratur nieder, die sich engagiert und manchmal auch polemisch in die Debatte einbringt.¹³⁹ Zudem sind einige Wissenschaftler direkt oder indirekt bei den Museen involviert, zum Beispiel in den Wissenschaftlichen Beiräten, und agier(t)en dabei zum Teil selbst in erheblichem Maße politisch, in jedem Fall aber abseits des akademischen »Elfenbeinturmes«.

Zur folgenden Besprechung des Forschungsstandes und der herangezogenen Forschungsliteratur sei einleitend noch angemerkt, dass die Sprachkenntnisse, die der Autor im Polnischen und Tschechischen erworben hat, die Bearbeitung von Quellen und einzelnen Forschungstexten erlaubt, aber dennoch eine gewisse Asymmetrie in der herangezogenen Literatur nicht zu übersehen ist. Der Autor erhebt nicht den Anspruch, den polnischen und tschechischen Forschungsstand vollständig erfasst zu

136 Vgl. z.B. folgenden umfassenden Sammelband, der sich aus theoretischen und praktischen Beiträgen zusammensetzt und europäische Erinnerungskonflikte vergleichend diskutiert: Pakier; Strâth (Hg.): *A European Memory?* 2010. Dem folgte 2016 ein ähnlich gelagerter Band, der sich spezifisch mit erinnerungskulturellen Fragen aus osteuropäischer Perspektive befasst: Pakier; Wawrzyniak (Hg.): *Memory and Change in Europe*, 2016.

137 Bauerkämper: *Das umstrittene Gedächtnis*, 2012.

138 Schwartz: Rezension zu: Oltmer, Jochen (Hg.): *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, 2016. Vgl. Ohliger: *Flucht und Vertreibung als Migrationsgeschichte*, 2006, S. 213; 237-239. Auch Hans Lemberg folgt unter Bezug auf Karl Schlögel dem Ansatz, »Vertreibungsgeschichte immer auch in die allgemeine Migrationsgeschichte einzuordnen«. Lemberg: *Das Jahrhundert der Vertreibungen*, 2003, S. 46. Vgl. Oltmer: *Deutschland und die globale Flüchtlingsfrage*, 2016.

139 Feindt: *Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung*, 2014, S. 172f.

haben. Allerdings sind die zentralen Arbeiten von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern in Deutsch oder Englisch publiziert worden oder liegen in Übersetzung vor. Dies ist besonders deshalb von Bedeutung, da in Osteuropa verschiedentlich der Einwand erhoben wird, über die dortigen Erinnerungskulturen werde im Westen ohne Beteiligung der osteuropäischen Forscher geschrieben. Dieser Kritik soll in der vorliegenden Arbeit bereits in der theoretischen Einführung wie auch im empirischen Teil durch die stete Berücksichtigung eines internationalen Autorenspektrums begegnet werden.¹⁴⁰ Ein Beispiel für eine gelungene verbundene Geschichtsschreibung ist das 2019 erschienene österreichisch-tschechische Geschichtsbuch, das für die vorliegende Arbeit noch herangezogen werden konnte.¹⁴¹

Für den historischen Hintergrund sowie die damit verbundenen Kontroversen kann auf eine umfassende Historiographie zurückgegriffen werden. Bedauerlicherweise fehlt ein aktuelles Überblickswerk über die deutsche Siedlungsbewegung in Ostmitteleuropa,¹⁴² die Geschichte der deutschen Ostprovinzen ist hingegen, regional differenziert, intensiv erforscht.¹⁴³ Die Forschung zum Phänomen der Zwangsmigration hat in den letzten beiden Jahrzehnten einige Standardwerke hervorgebracht, wobei diese sich meistens im Spannungsfeld von Zwangsmigration und Genozid bewegen sowie Ansätze der transnationalen und Globalgeschichte verfolgen.¹⁴⁴ Flucht und Vertreibung der Deutschen sind in diesen häufig eines der zentralen Beispiele; zusätzlich gibt es eine Reihe aktueller regional-vergleichender Studien sowie spezifische Überblickswerke über die Zwangsmigration der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges in ihrem weiteren Kontext.¹⁴⁵ Die Historisierungs- und Forschungsgeschichte

140 Pakier; Wawrzyniak: *Memory and Change in Eastern Europe*, 2016, S. 4.

141 Perzi; Schmoller et al. (Hg.): *Nachbarn*, 2019.

142 Eine solche Regionalgeschichte sollte heute gleichwohl stets die verschiedenen dort lebenden Bevölkerungsgruppen zusammenführend untersuchen. So stellt Seibt fest, dass es »keine sude-tendeutsche Geschichte innerhalb der böhmischen Länder [gibt], es gibt nur eine böhmische Geschichte«: Seibt: *Tausend Jahre Jüdische Geschichte in Böhmen und Mähren* (2000), 2002, S. 49. Vgl. für einen optisch ansprechenden Überblick über »Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa« den Katalog zur Ausstellung »Die Gerufenen« des Zentrums gegen Vertreibungen: *Zentrum gegen Vertreibungen: Die Gerufenen*, 2009.

143 Vgl. z.B. das Grundlagenwerk zu Ostpreußen: Kossert: *Ostpreußen*, 2007.

144 Naimark: *Flammender Haß*, 2004. Schwartz: *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne*, 2013. Ther: *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, 2011. Der Wunsch, den Diskurs durch einen systematischen Überblick zu versachlichen, hat sich u.a. in einem umfassenden Lexikonprojekt über europäische Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts niedergeschlagen: Brandes; Sundhaussen et al. (Hg.): *Lexikon der Vertreibungen*, 2010.

145 Vgl. z.B.: Troebst; Wildt (Hg.): *Zwangsmigration im Europa der Moderne*, 2016. Zentral ist das neue Standardwerk des Iren Ray M. Douglas zum Vertreibungsgeschehen der Deutschen: Douglas: *»Ordnungsgemäße Überführung«*, 2012. Auch Beer hat ein gut komprimiertes Überblickswerk verfasst: Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen*, 2011. Dabei kritisiert Beer, dass nach wie vor eine international anerkannte Zusammenfassung der Zwangsmigration in Ostmitteleuropa im und nach dem Zweiten Weltkrieg fehle (S. 31). Eine Reihe von entsprechend vergleichend angelegten Sammelbänden verschafft hier bereits Abhilfe: Vgl. z.B.: Ahonen; Corni et al. (Hg.): *People on the Move*, 2008. Ebenfalls gibt es eine Reihe von edierten, umfassenden Quellensammlungen. Für den sudetendeutschen Fall z.B. die zweisprachige und zweibändige, monumentale Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs in München zum *odsun*: Hoffmann; Harasko: *Odsun*, 2000. Hoffmann; Heißig: *Odsun*, 2010.

von Flucht und Vertreibung in Deutschland ist als ein eigener Untersuchungsgegenstand zu betrachten, der hier primär im Rahmen der Diskursgeschichte besprochen wird.¹⁴⁶ Mit Andreas Kosserts »Kalter Heimat« liegt seit 2008 ein Standardwerk zur »Integrationsgeschichte« der deutschen Vertriebenen vor.¹⁴⁷ Tomáš Staněk hat für Tschechien in zwei großen Studien sowohl das Vertreibungsgeschehen als auch das tschechoslowakische Lagerwesen aufgearbeitet.¹⁴⁸ Für Polen existieren vergleichbare Überblickswerke und ebenso viele regionale oder thematische Studien.¹⁴⁹

Eine Vielzahl von Abhandlungen beschäftigen sich mit der Diskursgeschichte in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges. Neben Kosserts Buch hat sich von konservativer Seite Manfred Kittel in seiner zum Teil kontrovers besprochenen Studie »Vertreibung der Vertriebenen?« mit dieser befasst.¹⁵⁰ Auch Eva und Hans-Henning Hahn haben sich in ihrer Publikation von 2010 umfassend mit der Erinnerungsgeschichte während des Kalten Krieges bis in die 2000er Jahre hinein beschäftigt.¹⁵¹ Weiter gibt es eine Reihe von Spezialpublikationen, wie die Monographie von Matthias Stickler mit der Geschichte der Vertriebenenverbände bis 1972¹⁵² oder die von Matthias Müller, die sich mit dem Verhältnis zwischen Verbänden und SPD befasst.¹⁵³ Anna Jakubowska hat eine transnationale Studie über den BdV und seine Selbst- und Fremddarstellung in Polen und der Bundesrepublik Deutschland bis 2004 vorgelegt.¹⁵⁴ Viele der Publikationen behandeln auch die Integrations- und Diskursgeschichte der DDR, außerdem gibt es eine Reihe von spezifischen oder die Bundesrepublik und die DDR vergleichenden Publikationen wie die von Arnd Bauerkämper, Michael Schwartz oder von Bill Niven,

146 Vgl. für eine knappe Zusammenfassung von Forschungsgeschichte und Forschungsstand: Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, 2011, S. 23-31. Siehe auch: Suppan: Hitler – Beneš – Tito, 2014, S. 48-50. Dabei äußert sich Suppan (S. 50) verwundert darüber, dass die deutsche und österreichische akademische Geschichtsforschung dieses »Schlüsselereignis der deutschen und österreichischen Nachkriegsgeschichte für mehr als ein halbes Jahrhundert der zahlreichen Literatur aus Vertriebenenkreisen überließ.«

147 Kossert: Kalte Heimat, 2009.

148 Staněk: Verfolgung 1945, 2002. Staněk: Internierung und Zwangsarbeit, 2007. Vgl. zum Forschungsstand in Tschechien auch: Arburg: Das Katastrophenjahrzehnt 1938-1948 im Spiegel der historischen Forschung, 2011, S. 83-88.

149 Eine umfassende Besprechung aus den 1990er Jahren findet sich im Tagungsband von: Borodziej; Hajnicz (Hg.): Komplex Wypędzenia, 1998. Eine fundierte Quellenbasis und umfassende Untersuchung liefern die vier Anfang der 2000er Jahre auf Deutsch und Polnisch erschienenen Bände von: Borodziej; Lemberg (Hg.): Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bde. 1-4, 2000-2004. Mit den Fragen deutsch-polnischer »Nationalitätenpolitik« in der Mitte des 20. Jahrhunderts beschäftigt sich z.B.: Kulczycki: Belonging to the Nation, 2016. Piskorski erzählt in seiner Studie die Geschichte der Vertreibungen Europas, in der die polnische Perspektive entsprechend berücksichtigt ist: Piskorski: Die Verjagten, 2013.

150 Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007. Vgl. sowohl kritisch zu den Publikationen von Kittel als auch von Andreas Kossert, die sich nach Feindt »mit affirmativen Publikationen im Sinne des vom BdV geplanten »Zentrums gegen Vertreibungen« hervorgetan haben: Feindt: Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung, 2014, S. 171f. Siehe auch Kap. 7.1.1, S. 372.

151 Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010.

152 Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004.

153 Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977, 2012.

154 Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012.

letztere speziell zum Thema der Repräsentation von Flucht und Vertreibung in der Literatur der DDR.¹⁵⁵ Alina Laura Tiews hat ihre vergleichend angelegte Dissertation der Darstellung dieses Themas im Spielfilm der Bundesrepublik und der DDR gewidmet,¹⁵⁶ Kirsten Möller ihre den deutsch-polnischen »Geschlechterbildern im Vertreibungsdiskurs« in Literatur, Film und Theater.¹⁵⁷

Mit grundsätzlichen Fragen der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in der späten Volksrepublik Polen befasste sich jüngst die Dissertation von Florian Peters maßgeblich.¹⁵⁸ In den Abhandlungen zu diesem Themenfeld spielt die Frage des Umganges mit der Vertreibungsgeschichte stets eine Rolle. Piotr Madajczyk hat sich in mehreren Veröffentlichungen mit der polnischen und polnisch-deutschen Erinnerungsgeschichte zum weiteren Themenkomplex befasst sowie einen Sammelband mit herausgegeben, der den unterschiedlichsten Facetten der deutschen Minderheit im volksrepublikanischen Polen gewidmet ist.¹⁵⁹ Burkhard Olschowsky hat sich in mehreren Studien mit dem Verhältnis der Volksrepublik Polen zur DDR und zur Bundesrepublik befasst.¹⁶⁰ Quellenstudien wie die von Olaf Matthei über die Diskussion der Zwangsaussiedlung der Deutschen in polnischen Zeitungen zu Zeiten der Volksrepublik ergänzen den Forschungsstand durch ihren Blick auf die Komplexität des volkspolnischen Vertreibungsdiskurses.¹⁶¹

Die Wissenschaft begleitete die Auseinandersetzungen über Flucht und Vertreibung seit 1989 intensiv und streckenweise aktiv.¹⁶² Ein Beispiel hierfür sind mehrere Sammelbände, in denen vor allem Historiker den deutschen, polnischen und tschechischen Diskurs gemeinsam und vergleichend untersucht und den Versuch unternommen haben, die kontroversen öffentlichen Debatten zu versachlichen.¹⁶³ Dabei sind zunehmend die »Akteure, Medien und Praktiken« des Vertreibungsdiskurses in den wissenschaftlichen Blick geraten.¹⁶⁴ Eines der Ergebnisse ist das 2015 erschienene Handbuch zu Medien und Praktiken der Erinnerung an Flucht und Vertreibung in Deutschland.¹⁶⁵ Stephan

155 Bauerkämper: Assimilationspolitik und Integrationsdynamik, 2008. Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008. Niven: Representations of Flight and Expulsion in East German Prose Works, 2014.

156 Tiews: Fluchtpunkt Film, 2017.

157 Möller: Geschlechterbilder im Vertreibungsdiskurs, 2016.

158 Peters: Revolution der Erinnerung, 2016.

159 Dziurok; Madajczyk et al. (Hg.): Die Haltung der kommunistischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen in den Jahren 1945 bis 1989, 2015. Vgl. z.B.: Madajczyk: Die Rolle anti-deutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007.

160 Siehe z.B. seine Dissertation von 2002/2005; Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005.

161 Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006.

162 Vgl. für eine umfassende Bibliographie zum Themenkomplex »Diskurse über Zwangsmigration« in Deutschland, Polen und Tschechien: Haslinger; Franzen et al. (Hg.): Diskurse über Zwangsmigration in Zentraleuropa, 2008, S. 433-500, 533-550.

163 Vgl. z.B.: Bingen; Borodziej et al. (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern? 2003. Benz (Hg.): Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? 2004. Franzen; Schulze Wessel (Hg.): Opfernarrative, 2012. Haslinger; Franzen et al. (Hg.): Diskurse über Zwangsmigration in Zentraleuropa, 2008. Vgl. für eine internationale Auseinandersetzung mit dem deutschen Fall: Schmitz; Seidel-Arpaci (Hg.): Narratives of Trauma, 2011.

164 Scholz: »Flucht und Vertreibung« in der deutschen Erinnerungskultur, 2016, S. 155.

165 Scholz; Röger et al. (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, 2015.

Scholz hat 2016 im *Jahrbuch für Politik und Geschichte* einen knappen Überblick über die jüngste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung seit etwa 2010 skizziert.¹⁶⁶ Das schon diskutierte historische Überblickswerk von Matthias Beer ebenso wie die Abhandlung von R. M. Douglas widmen sich in eigenen Kapiteln der Erinnerungsgeschichte.

Mit einem Vergleich zwischen dem polnischen und tschechischen ›Vertreibungsdiskurs‹ hat sich unter anderem der spätere Vize-Direktor des MIIW und Experte der sudetendeutsch-tschechoslowakischen Geschichte Piotr M. Majewski befasst.¹⁶⁷ Aline Sierp hat deutsche und italienische Auseinandersetzungen um die Vergangenheit in Hinblick auf transeuropäische Identitäten und die Rolle der EU als Akteur und Plattform einem Vergleich unterzogen.¹⁶⁸ Auch die fünf Bände der Deutsch-Polnischen Erinnerungsorte streifen das Thema der Erinnerung an Flucht und Vertreibung immer wieder, zum Beispiel in Verbindung mit der *kresy*-Erinnerung in Polen.¹⁶⁹ Jüngst hat Hubert Leschnik seine Dissertation zur »Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen von 1998 bis 2010« vorgelegt, sodass diese noch punktuell berücksichtigt werden konnte.¹⁷⁰

Philipp Ther hat sich neben seinen historischen Arbeiten bereits früh länderübergreifend mit dem Vertreibungsdiskurs beschäftigt.¹⁷¹ 2003 und 2005 veröffentlichte er gemeinsam mit Jürgen Danyel zwei Ausgaben der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* zum historischen Geschehen aus europäischer Perspektive sowie zur Erinnerungsgeschichte.¹⁷² Für die vorliegende Studie wird vor allem eine 2008 von ihm verfasste Streitschrift mit einem Rückblick auf die bisherigen Auseinandersetzungen herangezogen.¹⁷³ 2017 war Thers umfangreiches Werk zum Flüchtling in der Moderne auch ein Debattenbeitrag zur Flüchtlingskrise.¹⁷⁴ Mehrere Dissertationen haben ebenfalls zeitnah eine Historisierung des Diskurses versucht.¹⁷⁵

In ihrer einleitend schon angesprochenen Studie hat Maren Röger sich umfassend mit dem ›Vertreibungsdiskurs‹ in Polen und Deutschland und den darin zentralen Medien auseinandergesetzt. Diese untersucht sie in ihrer Rolle als Akteur sowie mit ihren spezifischen Regeln und Mechanismen.¹⁷⁶ Die verschiedenen Sammelbände, die sich wahlweise dem deutschen, dem deutsch-polnischen oder deutsch-polnisch-

166 Scholz: ›Flucht und Vertreibung‹ in der deutschen Erinnerungskultur, 2016, S. 159.

167 Vgl. Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen, 2008. Vgl. auch den gemeinsam mit Piotr Buras herausgegebenen Quellenband zur deutsch-polnisch-tschechischen Vertreibungsdebatte: Buras; Majewski (Hg.): *Pamięć wypędzonych*, 2003.

168 Sierp: *History, Memory, and Trans-European Identity*, 2014.

169 Vgl. z.B.: Kleßmann; Traba: *Kresy und Deutscher Osten*, 2012.

170 Leschnik: *Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen*, 2018.

171 Vgl. z.B.: Ther: *Chance und Last der Geschichte*, 1996.

172 Danyel; Ther (Hg.): *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 2003 (51. Jg., H. 1). Danyel; Ther (Hg.): *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 2005 (53. Jg., H. 10).

173 Ther: *Der Diskurs um die Vertreibung*, 2008.

174 Ther: *Die Außenseiter*, 2017.

175 Graaf: *After the Expulsions, 2014*. Lange: *Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90*, 2015.

176 Röger: *Flucht, Vertreibung und Umsiedlung*, 2011.

tschechischen Rahmen widmen, wurden oben schon angesprochen.¹⁷⁷ Bereits seit den 1970ern befasst sich die Historikerin und Politologin Anna Wolff-Powęska mit den deutsch-polnischen Beziehungen.¹⁷⁸ Robert Traba gehört ebenso wie Hans-Jürgen Bömelburg und Krzysztof Ruchniewicz zu den wissenschaftlichen Pionieren des Diskurses in den 1990er Jahren und zu deren fortwährenden Begleitern.¹⁷⁹ Zu diesem Kreis zählt neben einigen anderen auch Włodzimierz Borodziej, der nach 1989 unter anderem an einer umfassenden Quellensammlung zu Flucht und Vertreibung mitwirkte.¹⁸⁰ Rege Forschungsaktivitäten löste auch die Geschichtspolitik der PiS-Regierungen der Jahre 2005 bis 2007 sowie seit 2015 aus, deren Ergebnisse hier punktuell herangezogen werden.¹⁸¹

Für die tschechoslowakische Erinnerungskultur zur Vertreibung zwischen 1945 und 1989 kann neben den schon genannten Abhandlungen auf eine Reihe von Aufsätzen, wie die von Matěj Spurný¹⁸², Oldřich Tůma¹⁸³ und Milan Řepa¹⁸⁴ zurückgegriffen werden, die zudem auch noch den tschechischen ›Vertreibungsdiskurs‹ nach 1989 einschließen. Die Auseinandersetzungen nach 1989/93 über die Vertreibungen in Tschechien hat nicht zuletzt die aus diesen hervorgegangene Deutsch-Tschechische Historikerkommission mit verschiedenen Sammelbänden und Publikationen begleitet.¹⁸⁵ 1999 widmete sich ein Band dem Vergleich der Zwangsmigration aus Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn.¹⁸⁶ Koryphäen der deutschen Bohemistik wie Ferdinand Seibt¹⁸⁷ und Hans Lemberg befassten sich wiederholt und in Kooperation mit tschechischen Wissenschaftlern mit dem Thema. Martin Schulze Wessel hat sich mit diesem Feld ebenfalls mehrfach beschäftigt, beispielsweise mit einer Publikation zur tschechischen

177 Vgl. zur polnischen Diskussion über das Zentrum gegen Vertreibungen den Sammelband: Lisicki; Haszczyński (Hg.): Erinnerung: europäisch oder national? Der Streit über das Zentrum gegen Vertreibungen, 2003.

178 Vgl. z.B.: Wolff-Powęska: Zur Aktualität von Dialog und Versöhnung im polnisch-deutschen Verhältnis, 2009. Siehe für einen ihrer engagierten Debattenbeiträge den Artikel in der *Gazeta Wyborcza* zum Schlagwort des »guten Wandels« der PiS: Wolff-Powęska: »Dobra zmiana« szuka naukowych standardów edukacji historycznej Polaków. *Gazeta Wyborcza*. 26.05.2018.

179 Vgl. z.B.: Bömelburg: Flucht und Vertreibung in der deutschen und polnischen Öffentlichkeit, 2012. Ein Ergebnis ihrer Arbeit der 1990er Jahre ist der Sammelband von 2000: Bömelburg; Stößinger et al. (Hg.): Vertreibung aus dem Osten, 2000. Vgl. z.B.: Ruchniewicz: Zur versöhnungspolitischen Bedeutung der Schulbuchrevision im Hinblick auf die Vertreibungsproblematik, 2006. Siehe grundlegend: Traba; Żurek: »Vertreibung« oder »Zwangsumsiedlung«? 2015.

180 Vgl. Borodziej; Hajnicz (Hg.): Komplex Wypędzenia, 1998.

181 Vgl. z.B.: Pufelska: Raub der Clío – die polnische Geschichtspolitik und ihre Exekutoren, 2010. Florian Peters begleitet aktuelle geschichtspolitische Entwicklungen laufend auf *Zeitgeschichte-online*, vgl. z.B.: Peters: Patriotische Geschichtsschreibung im Staatsauftrag, 2016.

182 Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012.

183 Tůma: Die Aussiedlung, 2015.

184 Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011.

185 Gemeinsame Deutsch-Tschechische Historikerkommission (Hg.): Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung, 1996.

186 Brandes; Ivaničková et al. (Hg.): Erzwungene Trennung, 1999.

187 2002 erschien ein Sammelband mit einer Zusammenstellung aus seinem Œuvre, der in dieser Arbeit mehrfach herangezogen wird: Luft; Brenner et al. (Hg.): Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche, 2002.

Zeitgeschichtsschreibung nach 1989.¹⁸⁸ Von Claudia Kraft liegt unter anderem ein wegweisender Aufsatz zum deutsch-tschechischen »Mythos« der Beneš-Dekrete vor.¹⁸⁹ In der tschechischen Zeitgeschichte nach 1989 findet sich neben den bereits erwähnten eine Reihe von Abhandlungen zur Diskursgeschichte, so zum Beispiel von Miroslav Kunštát¹⁹⁰, Vladimír Handl¹⁹¹ oder Václav Houžvička mit seiner Geschichte über 150 Jahre tschechisch-sudetendeutsche Beziehungen.¹⁹² Michaela Witte zeichnete in ihrer 2002 veröffentlichten Dissertation die deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen um die Vertreibung von 1984-1997 detailliert nach, so dass an diese angeknüpft werden kann.¹⁹³

Für das einleitende Kapitel zur »Herausforderung oberschlesischer Geschichtsschreibung« kann maßgeblich auf den thematisch umfassenden, von polnischen und deutschen Forschern herausgegebenen Sammelband von 2011/2015 zur Geschichte Oberschlesiens zurückgegriffen werden, der sich auf vielfältige Weise den kontroversen historischen Geschehnissen aus polnischer, tschechischer und deutscher (sowie gemeinsamer) Sicht widmet.¹⁹⁴

Die Anzahl wissenschaftlicher Untersuchungen zum Schlesischen Museum zu Görlitz beschränkt sich bisher auf eine Vielzahl von Aufsätzen sowie einige nicht veröffentlichte Masterarbeiten.¹⁹⁵ Noch herangezogen werden konnte die Studie von Ondřej Táborský, in der dieser die schlesischen Museen in Görlitz, Kattowitz und Troppau unter der leitenden Frage untersucht hat, wie in den Häusern auf Basis der schlesischen Geschichte schlesische Identität ausgedrückt wird.¹⁹⁶ Eine wesentliche Quelle für das SMG sind der auch einige Hintergrundaufsätze enthaltende Ausstellungskatalog des Hauses sowie verschiedene Publikationen des Museumsdirektors Markus Bauer.¹⁹⁷

Die Debatten um das Muzeum Śląskie in Kattowitz und dessen Entwicklung hat Marcin Wiatr kenntnisreich und aufmerksam begleitet sowie dokumentiert.¹⁹⁸ Zwei weitere einschlägige Monographien haben für die vorliegende Fragestellung wertvolle Arbeit geleistet: Juliane Tomann mit ihrer Dissertation zum Kultur- und Geschichtsraum Kattowitz sowie Peter Polak-Springer zu Oberschlesien als politisch und kulturell

188 Schulze Wessel: *Tschechien – Institutionen, Methoden und Debatten in der Zeitgeschichte*, 2011.

189 Kraft: *Mythos »Beneš-Dekrete«*, 2013.

190 Vgl. z.B.: Kunštát: *Fremd- und Feindbilder der Deutschen in der tschechischen innenpolitischen Instrumentalisierung nach 1989*, 2007.

191 Handl: *Die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Tschechischen Republik*, 2010.

192 Houžvička: *Czechs and Germans 1848-2004*, 2015.

193 Witte: *Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung?* 2002.

194 Bahlcke; Gawrecki et al. (Hg.): *Geschichte Oberschlesiens*, 2015. Die polnische Fassung erschien 2011. Noch punktuell berücksichtigt werden konnte die 2019 erschienene Publikation, die sich Oberschlesien als »europäischer Geschichtsregion« nähert: Smolorz; Kordecki: *Schauplatz Oberschlesien*, 2019.

195 Als Vergleich konnte die leider unveröffentlichte Masterarbeit von Johanna Adrian herangezogen werden: Adrian: *Kontaktzone – Identitätsfabrik – Sehnsuchtsort*, 2014.

196 Táborský: *Creating Silesian Identity*, 2018.

197 Der Katalog: Bauer; Brade et al. (Hg.): *Schlesisches Museum zu Görlitz – Museum für eine europäische Kulturregion*, 2006. Vgl. weiter z.B.: Bauer: *Zwischen Denkmal und kulturpolitischem Forum*, 2007.

198 Vgl. z.B.: Wiatr: *Oberschlesien und sein kulturelles Erbe*, 2016.

umkämpfter Region im 20. Jahrhundert.¹⁹⁹ Weder Polak-Springer noch Tomann konnten das neu eröffnete Schlesische Museum in ihre Untersuchungen bereits einbringen, allerdings veröffentlichte Tomann später eine Rezension, die wiederholt herangezogen wird.²⁰⁰

Die Forschungsliteratur zu den Museumsprojekten in München und Aussig begrenzt sich bisher auf einige Publikationen aus dem Umfeld der Museumsmacher²⁰¹ und gelegentlichen Bezugnahmen in Veröffentlichungen zur tschechischen oder sudetendeutschen Erinnerungskultur.²⁰² In einem Aufsatz von 2017 haben Kristina Kaiserová und Miroslav Kunštát die beiden Museumsprojekte erstmals verglichen.²⁰³ Im selben Jahr widmete sich ein Sammelband der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission der Musealisierung der jeweiligen Beziehungsgeschichte.²⁰⁴ Die Planungen in München und Aussig nehmen darin folglich einen gewichtigen Platz ein und bieten einen wichtigen Bezugspunkt für die vorliegende Untersuchung.

Die Liste der Publikationen über die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* ist noch überschaubar. Neben den von der Stiftung selbst herausgegebenen Schriften behandelt Stefan Troebst ihre Entwicklung wiederholt in seinen Veröffentlichungen.²⁰⁵ Ansonsten gibt es eine Reihe von Aufsätzen und Schriften über die Stiftung in ihrem weiteren historischen Zusammenhang, wie zum Beispiel Stephan Scholz' Schrift über die deutschen Vertriebenen Denkmäler.²⁰⁶ Tim Völkerling hat die Frühphase der Stiftung bis 2011 intensiv verfolgt und war zugleich am wissenschaftlichen Diskurs um ihre Ausrichtung beteiligt.²⁰⁷ Verschiedene polnische Publikationen widmen sich der deutschen, polnischen oder deutsch-polnischen Diskussion um die Entstehung der SFVV in den Jahren 2008/2009.²⁰⁸ Zu einer umfassenden wissenschaftlichen Reflexion der neueren Konzeptspapiere der Stiftung von 2012 und 2017 ist es bisher noch nicht gekommen.

199 Polak-Springer: *Recovered Territory*, 2015. Tomann: *Geschichtskultur im Strukturwandel*, 2016.

200 Tomann: Rezension zu: *Das Licht der Geschichte. Oberschlesien im Wandel der Zeiten*, 26.06.2015.

201 Vgl. für die ersten Überlegungen zum Sudetendeutschen Museum: Krauss: *Das Sudetendeutsche Museum in München*, 2010. Vgl. ebenso: Krauss: »Zusammenleben«, 2017. Vgl. für das Projekt in Aussig z.B. den Aufsatz der Verantwortlichen über das Projekt: Mouralová; Šícha: *Das Museum einer nahezu abwesenden Minderheit*, 2012.

202 Vgl. Spalová: *Remembering the German Past in the Czech Lands*, 2016. Eine Ausnahme bildet das vom Autoren mehrfach herangezogene Dossier aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das Münchner Vorhaben 2014 kritisch evaluierte: Hennecke: *Das Sudetendeutsche Museum in München*, 2014.

203 Kaiserová; Kunštát: *Deutsche und Tschechen im Museum*, 2017.

204 Kováč, Řezník et al. (Hg.): *Erinnern – Ausstellen – Speichern*, 2017.

205 Vgl. z.B.: Troebst: *Towards a European Memory of Forced Migration?* 2016.

206 Vgl. z.B.: Czerney: *Flucht, Vertreibung, Versöhnung*, 2012. Ebenso: Wochnik: *Non-State Actors, Political Opportunity Structures and Foreign Relations*, 2014. Scholz: *Vertriebenen Denkmäler*, 2015.

207 Vgl. z.B.: Völkerling: »Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? 2011. Derzeit arbeitet Völkerling an einer Dissertation unter dem Arbeitstitel: »Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration – Historische Ausstellungen seit 1950 im Vergleich« (Stand 2010).

208 Vgl. z.B.: Wagińska-Marzec: *Konflikt wokół Widocznego Znak w świetle prasy polskiej*, 2009. Mazur: *Widoczny Znak (2005-2009)*, 2009. Hajduk: *Die publizistische Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«*, 2010.

Für die Gründungsphase liegen bereits einige wissenschaftliche Qualifikationsschriften vor; weitere sind zu erwarten.²⁰⁹

Für das *Museum des Zweiten Weltkrieges* in Danzig steht derzeit nur begrenzt Forschungsliteratur zur Verfügung, dafür eine umso umfassendere polnische und internationale Presseberichterstattung sowie der schon 2016 veröffentlichte Ausstellungskatalog.²¹⁰ Zur 2017 eröffneten Dauerausstellung liegen bereits einige akademische Rezensionen vor.²¹¹ Die wissenschaftliche Auseinandersetzung wurde wesentlich von Akteuren aus dem Umfeld oder direkt aus dem Team des MIIW heraus geführt. So legte der Gründungsdirektor Paweł Machcewicz im Dezember 2017 das Buch *Muzeum* vor, in dem er auf 300 Seiten die Entstehung des Museums umfassend dokumentiert und darin auch die Kritiker zu Wort kommen lässt.²¹² In ihrer 2017 erschienenen Dissertation zur polnischen Kriegserinnerung im Museum nach 1989 konnte Monika Heinemann in einem abschließenden und ausführlichen Exkurs das MIIW behandeln und bietet so eine wertvolle Referenz.²¹³

Die Entwicklung des *Hauses der Europäischen Geschichte* wurde wissenschaftlich recht umfassend begleitet, auch als Teil der zunehmend erforschten Geschichtspolitik europäischer Institutionen.²¹⁴ Wolfram Kaiser, Stefan Krankenhagen und Kerstin Poehls haben sich 2012 intensiv mit dem Thema »Europa ausstellen« befasst.²¹⁵ Von Krankenhagen stammt auch eine der wissenschaftlichen Rezensionen der Dauerausstellung des HEH.²¹⁶ 2011 und 2012 erschienen zwei Sammelbände, die sich dem Haus widmen.²¹⁷ Durch diese sowie weitere Publikationen haben sich die Mitglieder des Museumsteams ebenso wie des Wissenschaftlichen Beirates an der Vorstellung und auch an der kritischen Diskussion der Planungen des HEH beteiligt.²¹⁸ Auch Stefan Troebst hat sich wiederholt mit dem HEH beschäftigt.²¹⁹ Neben der besuchten Dauerausstellung liegen zwei Konzeptionspapiere von 2008 und 2013 zur Untersuchung vor.²²⁰ Die weitreichende und vor allem in Großbritannien und Ostmitteleuropa geäußerte konservative Kritik

209 So beschäftigt sich z. B. Jenny Graaf in ihrer Dissertation in einem Kapitel mit der SFVV: Graaf: *After the Expulsions*, 2014.

210 *Muzeum II Wojny Światowej: Museum of the Second World War*, 2016.

211 Vgl. z. B.: Hoja: *An Engaged Narrative*, 2017.

212 Machcewicz: *Muzeum*, 2017. Bereits im Sommer 2018 ist eine deutsche Übersetzung erschienen.

213 Heinemann: *Krieg und Kriegserinnerung im Museum*, 2017.

214 Vgl. z. B. zur Geschichtspolitik europäischer Institutionen: Sierp; Wüstenberg: *Linking the Local and the Transnational*, 2015. Vgl. auch: Troebst: *Die Europäische Union als »Gedächtnis und Gewissen Europas«?* 2013.

215 Kaiser; Krankenhagen et al.: *Europa ausstellen*, 2012.

216 Krankenhagen: »Das andere, eigene Kap.« 2017. Eine weitere Besprechung liegt von dem tschechischen Historiker Jareš vor: Jareš: *The House of European History*, 2017. Ebenso erschien eine Rezension in den *Zeithistorischen Forschungen*: Fickers: *Kompromissgeschichte*, serviert auf dem »Tablet«, 2018.

217 Knigge; Veen et al. (Hg.): *Arbeit am europäischen Gedächtnis*, 2011. Axelsson; Dupont et al. (Hg.): *Entering the Minefields*, 2012.

218 Vgl. z. B. den Beitrag des Mitgliedes des Wissenschaftlichen Beirates des HEH, der Direktorin des »Houses des Terrors« in Budapest, Mária Schmidt: Schmidt: *Auf dem Weg zu einem europäischen Gedächtnis?* 2011.

219 Vgl. z. B.: Troebst: *Eckstein einer EU-Geschichtspolitik*, 2012.

220 Committee of Experts; Borodziej et al.: *Conceptual Basis for a House of European History*, 2008. European Parliament: *Building a House of European History*, 2013.

fasst ein Papier in Folge der Begehung des Museums durch die *Platform of European Memory and Conscience* zusammen.²²¹

2012 widmete sich verschiedenen der genannten Museen eine Ausgabe des Jahrbuches zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, *Inter Finitimos*. Die Ausgabe behandelt das MIIW, die SFVV und das MŚK mit Beiträgen sowie das SMG in einem Querschnittsbeitrag über die schlesische Museumsgeschichte.²²²

Die zentralen Quellen der vorliegenden Arbeit, die Ausstellungen und Museumspapiere, wurden bereits bei der Vorstellung des Untersuchungsgegenstandes diskutiert. Wie Ausstellungen als geschichtswissenschaftliche Quelle heranziehbar sind und zugleich ihr spezifischer Charakter als komplexes kulturelles Erzeugnis berücksichtigt werden kann, wird nochmals ausführlich in Kapitel 2.5 erörtert. Bis auf wenige Ausnahmen – wie im Falle des in dieser Arbeit exkursiv behandelten Sudetendeutschen Museums in München ein nicht öffentliches Ausstellungskonzept oder der E-Mail-Austausch mit einigen der Museumsmacher – sind die Ausstellungen oder die Konzeptionspapiere öffentlich zugänglich. Sofern vorhanden, hat der Autor die digitalen oder analogen Newsletter der Museen abonniert und verfolgt.

Öffentlich verfügbar ist auch das Quellenmaterial des Diskurses. Dafür zog der Autor Zeitungsartikel sowie politische Stellungnahmen in Form von Reden und anderen Äußerungen aus den untersuchten Ländern heran. Für diese wurden die Online-Archive relevanter Tages- und Wochenzeitungen auf Basis eines laufend aktualisierten Stichwortkatalogs systematisch untersucht. Die Auswahl verschiedener Zeitungen soll unterschiedliche politische Ausrichtungen abdecken, die im Einzelnen bei der Verwendung erwähnt werden. Neben kontroversen Positionen, welche die Konfliktlinien besonders veranschaulichen, sollen besonders Zwischentöne der Debatte berücksichtigt und damit eine Repräsentativität der Quellen gewährleistet werden. Schließlich verfolgt diese Studie eine fokussierte qualitative Analyse, um die Materialmengen zu bewältigen sowie die notwendige Kontextualisierung und Einordnung des Quellenmaterials in die großen Linien des Diskurses zu erreichen.²²³

Für politische Reden oder Gesetztestexte kann als ein Ergebnis der geschichtswissenschaftlichen Begleitung des Diskurses auf umfangreiche Quellendokumentationen zurückgegriffen werden.²²⁴ Die Position der Vertriebenenverbände wird vor allem durch das Heranziehen der BdV-Verbandszeitung *Deutscher Ostdienst* in ihren Ausgaben nach 1999, der Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die *Sudetendeutsche*

221 Platform of European Memory and Conscience; Ukielski et al.: *The House of European History*, 2017.

222 Fischer; Kerski et al. (Hg.): *Inter Finitimos*, 2012.

223 Haslinger: *Diskurs, Sprache, Zeit, Identität*, 2006, S. 30f; 46-48.

224 Vgl. z. B. die umfassende Zusammenstellung von deutschen, polnischen, tschechischen und weiteren Dokumenten zum Themenkomplex der Zwangsmigration: Haslinger; Franzen et al. (Hg.): *Diskurse über Zwangsmigration in Zentraleuropa*, 2008, S. 281-429. Dieser schließt sich eine ebenso umfangreiche Bibliographie an. Siehe für eine Zusammenstellung der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen von 2002-2006, v.a. unter dem Fokus der »Institutionalisierung« der Erinnerungskultur: Troebst (Hg.): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur*, 2006.

Zeitung, von 2006-2017 sowie der Zeitung der Schlesischen Landsmannschaft, die *Schlesischen Nachrichten*, von 2003-2015 berücksichtigt.²²⁵

Für den Diskurs zunehmend relevante Quellenmaterialien sind eine Vielzahl von herangezogenen Websites, Blogs und auch einige Beiträge in sozialen Medien und auf der Videoplattform *YouTube*. Deren möglicherweise kurze Haltbarkeit, zumindest der Internetverweise, ist ein nicht zu unterschätzendes Problem. Die allermeisten zitierten Beiträge wurden vom Autoren daher nach Möglichkeit gesichert.

Trotz des hier skizzierten dichten Forschungsstandes können verschiedene Desiderata festgestellt werden. Zum einen wurden die in der vorliegenden Studie behandelten Museumsprojekte bisher noch nicht oder nur fragmentarisch wissenschaftlich untersucht und der sich in vielerlei Hinsicht anbietende Vergleich der Museumsvorhaben noch nicht oder nur im Ansatz geleistet. Hier soll erste Grundlagenarbeit geleistet werden. Zum anderen wurden der deutsch-polnische oder der deutsch-tschechische Vertreibungsdiskurs schon häufig untersucht, aber seltener in dem für die Auseinandersetzungen konstitutiven Dreieck diskutiert. Nicht nur erzielt dieses Zusammenführen einen Mehrwert, die vorliegende Studie soll darüber hinaus auch eine erste Zwischenbilanz zur Frage des Diskurses über und die Erinnerung an Flucht und Vertreibung ziehen, welche die Forschung in den 1990er und 2000er Jahren ausgiebig beschäftigten. Die Museen als Manifestationen dieser Auseinandersetzungen sind dafür als Untersuchungsgegenstand prädestiniert.

Zuletzt hat Vasco Kretschmann 2018 als Desiderat identifiziert, dass die »museale Darstellung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen im polnischen Museumswesen« weiterhin eine »Forschungslücke« darstellt.²²⁶ Der Autor der vorliegenden Studie hofft, durch die Analyse zweier polnischer Museen einen Vergleichsmaßstab für die Untersuchung weiterer lokal- und regionalhistorischer Museen in den polnischen West- und Nordgebieten anzubieten, die alle vor der Herausforderung stehen, dieses Thema zu präsentieren.

Dass die vorliegende Studie bis in die unmittelbare Gegenwart reicht, führt zu einigen Unwägbarkeiten, ermöglicht aber die Berücksichtigung der politischen Zäsur in Europa nach 2015. Der die 1990er und 2000er Jahre dominierende liberale, globalisierungs- und EU-freundliche Diskurs im Westen wurde im Jahr 2016 durch die Kulmination von Brexit, der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und des großen Erfolges der PiS in Polen herausgefordert und durch diese modernen Formen von Nationalismus und alternativen Gesellschaftsentwürfen in die Defensive gedrängt. Das spiegelt sich in unterschiedlicher Intensität in den untersuchten Museumsprojekten wider und wird auch für die weitere Entwicklung des Diskurses um Flucht und Vertreibung von Bedeutung sein.

225 Die Zeiträume erklären sich durch den jeweiligen Beginn der Planungen und Umsetzungen für das Zentrum gegen Vertreibungen, das Sudetendeutsche Museum und das Schlesische Museum.

226 Kretschmann: Rezension zu: Monika Heinemann: Krieg und Kriegserinnerung im Museum. Der Zweite Weltkrieg in polnischen historischen Ausstellungen seit den 1980er-Jahren, 2017, 2018.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die folgenden sieben Kapitel untergliedern sich in vier Elemente: Das erste Element ist die Diskussion der theoretisch-methodischen Grundlagen, der als zweites die Darstellung des historischen Geschehens um Flucht und Vertreibung in seinem engeren und weiteren Kontext folgt. Anschließend wird im dritten Schritt der Diskurs über den Untersuchungsgegenstand vom Kalten Krieg bis in die Gegenwart nachgezeichnet. Diese im Wesentlichen auf der Diskussion der Forschungsliteratur und einigen veröffentlichten Primärquellen beruhenden Kapitel der Arbeit werden um eigene Gedanken und Einordnungen ergänzt. Das vierte Element ist die Untersuchung der Museen.

Die methodisch-theoretischen Grundlagen werden im zweiten Kapitel entwickelt. Zunächst erfolgt eine Besprechung der Konzepte und Anwendungsmöglichkeiten des (historischen) Vergleichs und transnationaler sowie europäischer Geschichtsschreibung. Diesem Teil schließt sich eine kurze Diskussion der sich rund um den Terminus Erinnerungskultur gruppierenden Theorien und Untersuchungsansätze an. Die Analyse von Geschichtspolitik wird verbunden mit den Überlegungen zur Historischen Diskursanalyse und dem Konzept der Diskursgeschichte. Das folgende Unterkapitel ist dem Untersuchungsansatz für die Museen und Ausstellungen gewidmet. Nach einer kurzen Definition und Differenzierung dieser beiden Termini wird detailliert die Ausstellung als zu analysierende Quelle in den Blick genommen. Auf dieser Basis entwickelt der Autor ein einheitliches Untersuchungsschema für die in der vorliegenden Studie behandelten Museen. Dafür werden zuvor einige für die Museumsanalyse zentrale Begriffe wie Exponat, Inszenierung und Szenografie erläutert und diskutiert.

In Kapitel 3 folgt die Darstellung der historischen Ereignisse von Flucht und Vertreibung, die mit einem Überblick über die Siedlungsgeschichte der Deutschen in Osteuropa bis zum Aufkommen des Nationalismus beginnt. Ein ideengeschichtlicher Exkurs zeigt, dass Planung und Umsetzung ethnischer Homogenisierungsstrategien als integraler Bestandteil moderner Staatlichkeit und damit als europäisches und globales Phänomen zu betrachten sind. In den folgenden Unterpunkten folgt das Kapitel wieder der Ereignisgeschichte und zeigt das Scheitern der Minderheitenpolitik in der Zwischenkriegszeit auf. Hieran schließen sich die beiden zentralen Elemente des Kapitels an, in denen die Ursachen und der Kontext von Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg sowie der Verlauf dieser Zwangsmigrationsbewegungen im und nach dem Krieg diskutiert werden. Einem Blick auf die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik und der DDR sowie auf die Konsequenzen der Vertreibungen für Polen und die Tschechoslowakei folgt eine Zusammenfassung der zentralen Streitpunkte sowie der gängigen Argumentation über die historischen Ereignisse in den genannten Ländern.

In den Kapiteln 4 und 5 werden die jeweiligen Diskurse über das Thema Flucht und Vertreibung in den vier und nach 1990 drei Ländern behandelt. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf den Phasen, in denen sich ein gemeinsamer Diskursraum aufgetan hat. Das Herausarbeiten verschiedener Abschnitte des Diskurses und zentraler Konfliktlinien leitet auf die in den folgenden Kapiteln erörterten Museen hin.

Zunächst werden die beiden schlesischen Museen in Görlitz und Kattowitz diskutiert und verglichen. Exkursorisch werden die Planungen des Sudetendeutschen Museums in München und des Museums der deutschsprachigen Bewohner Böhmens in

Aussig besprochen. Dem folgt die Untersuchung der Museen mit europäischem Anspruch. Den schlesischen und sudetendeutschen Museen stehen jeweils Erläuterungen über die spezifischen Herausforderungen oberschlesischer und sudetendeutscher Geschichtsschreibung voran.

Zur besseren Vergleichbarkeit folgt die Besprechung der Museen oder der geplanten Ausstellungen derselben Struktur: Zu Beginn wird knapp in die Geschichte und die Diskussion um die Häuser eingeführt. Dem folgt eine kurze Ausführung zur Struktur der Institutionen, in der die gesetzliche Grundlage, Träger und Finanzierung, Dimension und Personalstruktur ebenso wie die Sammlung der Häuser sowie tatsächliche oder angestrebte Besucherzahlen und Zielgruppen zusammengefasst werden. Danach werden die von verschiedenen Gruppen oder aus den verschiedenen Ländern an die Häuser gestellten Ansprüche sowie das verlaubliche Selbstverständnis der Museen behandelt. Daran schließt sich eine kurze Besprechung bisheriger und geplanter Aktivitäten an, etwa von Sonderausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen. Im Folgenden werden zunächst die Grundarchitektur und der Designansatz der Ausstellungen diskutiert, ehe der Ausstellungsrundgang beschrieben oder die vorliegenden Konzeptionspapiere diskutiert werden. Dafür versucht der Autor einen Gesamteindruck von Charakter, Struktur und Inhalten der Ausstellungen zu geben, fokussiert sich aber auf die Elemente, die direkt oder indirekt den Themenkomplex von Flucht und Vertreibung berühren. Auf dieser Grundlage schließt sich die in Kapitel 2.5 entwickelte Ausstellungsanalyse an. Im nächsten Schritt werden die Positionen zur Ausstellung aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft der verschiedenen Länder und unterschiedlicher politischer Lager untersucht. Dem folgt eine zusammenführende und bewertende Betrachtung. Die Kapitel zu den Museen schließen mit einem Vergleich der Häuser.

Im abschließenden Kapitel 8 werden auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse die eingangs aufgeworfenen Thesen und Fragen zusammenfassend diskutiert. Nach einer Reflexion über die angewendete Methodik, die Identifizierung von Desideraten und einigen weiterführenden Überlegungen schließt die Arbeit mit einem Ausblick.